Standpunkt

Sozialistische Zeitung für Duisburg

Nr. 32
Dezember 07/
Januar 08
9. Jahrgang
kostenlos

2 Interview: Bahnprivatisierung.

10 Kampf gegen Giftpipeline geht weiter.

13 Altersarmut vorprogrammiert.

15 Linker Studentenverband gegründet.

8/9 **Vor 20 Jahren ...**

5.300 Beschäftigte der ehemaligen Krupphütte Rheinhausen bewegten mit ihrem Arbeitskampf die Republik. Ein Rückblick.

Am 16. Dezember: JA zu den öffentlichen Bädern

■ **Schwimmen ist wichtig** für Gesundheit und Breitensport. Schwimmen kann überlebenswichtig sein. Fast ein Viertel der Bevölkerung und zwei Drittel der SchülerInnen können nicht oder nur schlecht schwimmen. Umso wichtiger sind öffentliche Schwimmbäder für Jung und Alt. Deshalb:

- keine weiteren Schließungen
- flächendeckendes, ganzjähriges Angebot
- bezahlbare Eintrittsgelder für alle
- Steuerfinanzierung statt Kostendeckung

CDU und GRÜNE wollen das **Freibad Toeppersee** schließen. Kompromisslos. Die Stadt kann sich das Bad angeblich nicht mehr leisten. Dabei fehlen unserer Stadt die Steuern, die den Reichen erlassen wurden. Gegen die Schließung haben BürgerInnen über 26.000 Unterschriften gesammelt.

Wo immer wir in Duisburg wohnen – lassen wir uns nicht gegeneinander ausspielen. Es geht um unsere Lebensqualität. Wir wollen, dass unsere Schwimmbäder erhalten bleiben und erneuert werden.

Deshalb: Stimmen Sie beim Bürgerentscheid mit JA!

Kreisverband und Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg 3

Atlantis: Der inszenierte Untergang

Keine Geschäfte auf dem Rücken von Kindern und Stadtkassen

■ **Wochenlang beschäftigte** die Schließung des populären Atlantis am Innenhafen die Öffentlichkeit. Der hinter ihm stehende Investor AWC hatte es geschafft, sich als Opfer der Kommunalpolitik zu präsentieren. Nun gibt es an der Duisburger Kommunalpolitik sicherlich viel zu kritisieren, aber wir können nur davor warnen, sich vor den Karren von Privatinteressen spannen zu lassen, die die Stadt als Melkkuh missbrauchen wollen. Auch DIE LINKE. OL will das Atlantis als pädagogisch wertvollen außerschulischen Lernort in Duisburg halten. Aber nur zu akzeptablen Bedingungen. Durch die Anfrage der Linksfraktion sowie einem Antrag der Fraktion BL/AMP zur Ratssitzung am 5.11. wurde Licht in die Sache gebracht.

Fazit: Atlantis wurde durch den Investor AWC selbst mutwillig geopfert, weil er sich mit seinen Forderungen gegenüber der Stadt bzw. Gebag nicht durchsetzen konnte. Das bisherige Domizil, der Werhahn-Speicher (im Besitz der städtischen Gebag), war noch in der Zeit von OB Zieling mit europäischen Fördermitteln „für die touristische Nutzung“ umgebaut worden. Der Clou: Atlantis brauchte keine Miete zu bezahlen. Dennoch erklärte sich Atlantis im Frühjahr insolvent. Um es profitabel betreiben zu können, müsse es erweitert werden und umziehen. Nach der Insolvenz stieg der Investor AWC ein, zog ein neues Konzept auf, reduzierte die Personalkosten durch viele 1-Euro-Jobber und kündigte das Mietverhältnis. Gleichzeitig verlangte er von der Stadt eine größere Immobilie, wiederum mietfrei und mit einem Zuschuss zu den Betriebskosten!

6

Verfahrene Herren

■ Bezirksvertretersitzung am 15.11.07 in Duisburg-Hamborn, Tagesordnungspunkt "Grüngürtel": *"Die Aktivitäten der Bürgerinitiativen haben niemandem etwas gebracht."* So SPD-Ratsherr M. Slykers. Anschließend liegen sich SPD-Fraktionsvorsitzender Blumenthal und CDU-Ratsherr Enzweiler in den Haaren. Enzweiler kritisiert eine Trillerpfeifenaktion der Bürgerbewegung. Blumenthal nimmt die Bürger in Schutz. Auch vor seinem eigenen Parteifreund Slykers? Wie gut, dass Herr Maschke (EG DU) forderte: *"Die Bürger müssen Herr des Verfahrens bleiben!"* Hört, hört!

Kolportagepresse

■ Letztes Jahr musste sich die Ratsfraktion der LINKEN gegen wiederholte unsachliche und verleumderische Angriffe der NRZ wehren. Es wurde unterstellt, die Teilnahme an einer Dienstreise in die Partnerstadt Wuhan sei Zückerchen für Wohlverhalten bei Abstimmungen. Dieses Mal schlug die WAZ zu. Sie kolportierte tagelang, die Reise von Rats- und Verwaltungsmitgliedern zur 25-Jahr-Feier der Städtepartnerschaft sei eine Lustreise mit viel Bier, Disziplinlosigkeiten und sonstigen Ungehörigkeiten gewesen. Nun ist es keineswegs so, dass derartige Entgleisungen in der Politik unbekannt seien. Aber wer so etwas behauptet, muss auch den Beweis antreten können. Erkan Kocalar, Ratsmitglied der LINKEN, der an der Wuhan-Reise teilnahm: „Hier sind absolute Randerscheinungen zur großen Affäre aufgebauscht worden. Städtepartnerschaften in einer globalisierten Welt sind zu wichtig, um sie mit Klatsch und Tratsch ins Zwielicht zu rücken." Der Ältestenrat befasste sich ausführlich mit den Vorwürfen. Ergebnis: „Substanzlos“. Dennoch wird – u. a. auf Initiative der Linksfraktion – die Reisetätigkeit künftig besser vor- und nachbereitet. DIE LINKE appelliert insbesondere an die Fraktionen, bei der Auswahl der von ihnen vorgeschlagenen ReiseteilnehmerInnen nach Sachkompetenz zu entscheiden. Die SPD-Fraktion lost z. B. ihre Teilnehmer aus, was genau den Eindruck von Vergnügungsreisen fördert. *HD*

Foto: pixelio.de/joakant

Schwarzer Tag für Behinderte

■ Die CDU/FDP-Landesregierung in NRW behauptet, durch die Schließung der Versorgungsämter in NRW gäbe es Kostenersparnisse für das Land. Dabei haben alle Experten vor erheblichen Kostensteigerungen durch die Verlagerung der Aufgaben und des Personals auf die Städte gewarnt. Durch den vorgesehenen Aufbau neuer Technik werden erhebliche Kosten verursacht. Die gleichzeitige Verteilung des Fachpersonals in Duisburg auf neue Standorte führt zu einer Situation, in der nicht überall gewährleistet ist, dass die Versorgungsanträge zeit- und sachgerecht erledigt werden können. Als Konsequenz droht ein Anstieg der Beschwerden und gerichtlichen Auseinandersetzungen, bei denen Verfahrenskosten in mehrfacher Millionenhöhe erwartet werden. Die Zerschlagung des gut funktionierenden Versorgungsamts und die Verlagerung seiner Aufgaben bleibt ein politischer Fehler auf Kosten von Menschen mit Behinderungen in Duisburg und in NRW. *TK*

Die Weißen Riesen müssen fallen

■ Es ist ein großer Erfolg unserer Arbeit im Homberger Rathaus, dass sich auch die bürgerlichen Kräfte bemühen, den Schaden zu minimieren, der durch SPD Misswirtschaft im Homberger Stadtteil Hochheide entstanden ist. Der überparteiliche Antrag, dass die Stadt die „Ruinen“ an Otto- und Hanielstraße bei der anstehenden Zwangsversteigerung kaufen und abschließend abreißen möge, ist Ausdruck unermüdlichen Drucks der LINKEN. Leider sind die Gelder, die für den Kauf der Häuser und die Beseitigung der Altlasten aufzubringen sind, unsere Steuergelder.
In einer Stadt, die unter einem „Haushaltssicherungskonzept“ arbeitet, ist kaum einzusehen, warum das Geld von den Besitzern der Weißen Riesen nicht zurückgeholt wird. Die CDU fühlt sich jedoch jenen besonders verbunden, die Millionen durch Wohnungsspekulation „erwirtschaftet“ haben. Dennoch, die „Weißen Riesen“ müssen fallen. Aber wie so häufig hat der gemeinsame Antrag der Bezirksvertretung Homberg/Ruhrort/Baerl einen Pferdefuß. Wenn die asbestverseuchten Ruinen für mehrere Millionen Euro gekauft und abgerissen sind, dann müssen dort Einfamilienhäuser gebaut werden. Einfamilienhäuser sind jedoch im Stadtteil so gut wie unverkäuflich, denn weder ist der Stadtteil attraktiv, noch sind die anderen übrigbleibenden Hochhäuser auf der linken Rheinseite „beschwerdefrei“.
Notwendig sind jetzt Diskussionen über die Zukunft Hombergs: Wie möchten wir in 20 Jahren leben? Wie sollen unsere Kinder aufwachsen? Was ist mit uns, wenn wir alt sind? *RB*

Bahnprivatisierung aufs Abstellgleis!

Standpunkt-Interview

■ **Bahnchef Mehdorn** und Verkehrsminister Tiefensee (SPD) sind ratlos. 77 % der Bevölkerung, ein breites Bündnis von Attac über ProBahn bis zur LINKEN, nahezu alle DGB-Gewerkschaften und 11 von 16 SPD-Landesverbänden sind gegen die Teilprivatisierung der Bahn und die absehbar negativen Folgen.

Standpunkt sprach mit **Michael Dubielczyk,** Bezirksvertreter für DIE LINKE in Duisburg-Mitte und Sprecher der Vertrauensleute der Gewerkschaft Transnet im Kunden ServiceZentrum Duisburg der Railion Deutschland AG.

Welche Auswirkungen hätte eine Bahnprivatisierung?
Seit Jahren zieht sich die Bahn aus der Fläche zurück. 5.000 km Schienen wurden stillgelegt, Bahnhöfe und Haltepunkte massenhaft aufgegeben, die Netzqualität weiter verschlechtert. Gleichzeitig nahm die LKW-Karawane zu. Prognosen gehen von einer Verdopplung des LKW-Verkehrs aus. Was das für hochbelastete Straßen wie in Duisburg-Rheinhausen, im Duisburger Norden oder rings um die Duisburger City bedeuten würde, kann sich jeder ausmalen. Ein kürzlich veröffentlichtes Gutachten sagt aus, dass von den noch vorhandenen 34.000 km nach einer Teilprivatisierung bis zu weiteren 14.000 km abgebaut werden. Das Verkehrschaos auf den Straßen würde sich zum Supergau ausweiten. Die Absicht, Feinstaub-Grenzwerte noch schärfer zu fassen und Umweltzonen einzurichten, würde vollkommen konterkariert. Der Slogan „Höchste Eisenbahn - stoppt die Börsenbahn“ ist also verkehrspolitisch wie ökologisch vernünftig und richtig.

Was würde eine Bahnprivatisierung für Reisende und Beschäftigte bedeuten?
Die Erfahrungen in Britannien sind erschreckend. Allein die hohe Zahl von schweren Bahnunfällen mit Dutzenden von Toten sollte abschrecken. Das marode Netz musste mittlerweile wieder von der öffentlichen Hand übernommen werden. Oberstes Ziel von Privaten sind hohe Profite auf immer weniger Strecken. Der Schienenpersonennahverkehr wird bei uns bisher vom Steuerzahler mitfinanziert. Sicherheit, Wartung und Service drohen auch bei uns auf der Strecke zu bleiben, um an der Börse Gewinne zu erzielen. Auch die Ausgabe von „Volksaktien“ - wie von der SPD vorgesehen - würde die Bahn unter hohen Rationalisierungsdruck setzen. Deswegen ist auch das keine Lösung. Seit der „Bahnreform“ 1994 wurden 200.000 Arbeitsplätze vernichtet. Spätestens nach 2010 wären weitere Zigtausende Bahnbeschäftigte bedroht.

Und die Alternative?
DIE LINKE fordert gemeinsam mit vielen anderen den Ausbau des Bahnnetzes insgesamt. Wir wollen wieder wesentlich mehr Güter auf die Schiene. Wir fordern, dass die Bahn wieder flächendeckend wird, für alle bezahlbar, komfortabel und pünktlich ist.

Ist die DB AG laut Grundgesetz nicht dem Interesse der Allgemeinheit verpflichtet?
Im Grundgesetz Art. 87e ist festgeschrieben, dass der Bund bahnpolitisch dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen Rechnung tragen muss. Wird die Bahn an private Investoren verscherbelt, haben diese laut Aktienrecht Anspruch auf Rendite. Da dies grundgesetzwidrig ist, hat Bundesverkehrsminister Tiefensee (SPD) den Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Eisenbahnen des Bundes (EB NeuOG) vorgelegt. Wird es verabschiedet, hat die Politik keine demokratisch legitimierten Steuerungsmöglichkeiten mehr. Vor dem Hintergrund des Klimawandels und der Umweltzerstörung durch den motorisierten Individual- und LKW-Verkehr eine katastrophale Entwicklung.

Interview: Horst Werner Rook

Foto: pixelio.de/Fred Vollmer

Es geht nicht nur um ein Freibad

Bürgerentscheid am 16. Dezember kann zum Signal gegen Sozialabbau werden

Theo Steegmann (links) solidarisiert sich. Rechts: HaJo Klein, Sprecher der BI Toepperbad

Fackelzug am 17.11.

■ Standpunkt-Interview mit **Hans-Joachim Klein,** BI für den Erhalt des Freibads Toeppersee

Als Mitinitiatoren des Bürgerbegehrens gegen die Schließung des Freibads Toeppersee kennt ihr die Stimmung in der Bürgerschaft. Warum haben sich über 26.000 Menschen und die Bezirksvertretung Rheinhausen für den Erhalt des Freibads ausgesprochen?
Ich bin mir nicht sicher, ob wir am Anfang die Stimmung richtig eingeschätzt haben. Überrascht waren wir vom Erfolg der Bürgerinitiative schon. Es geht darum, dass eine Ratsmehrheit um Schwarz-Grün am 26. April dieses Jahres beschlossen hat, eines der schönsten Freibäder Deutschlands mit dem vermutlich besten Wellenbad ab sofort nicht mehr zu öffnen und abzureißen. Dabei ist vor geraumer Zeit ein Großteil der Technik für viel Geld erneuert worden. Der Oberbürgermeister und die Verwaltung bestätigen, dass das Bad technisch in Ordnung ist. Dieses einzigartige Bad mit fast 4.000 m² Wasserfläche und einer Liegewiese für 13.000 Menschen hat nicht nur den Badespass vieler Duisburger, sondern auch vieler Gäste aus benachbarten Städten befriedigt.

CDU und Grüne erklären, dass die Haushaltslage keine andere Wahl zulasse und dass sie doch ein neues Bad bauen wollen. Sie berufen sich auf das noch zu Zeiten von OB Zieling von einer großen Mehrheit des Rates getragene Bäderkonzept. Dies sieht im Grundsatz pro Stadtbezirk ein Bad vor. Sie werfen Euch vor, ihr wolltet eine Extrawurst gebraten haben.
Bei dem Bäderkonzept ging es nur um die Hallenbäder. Die Freibäder sind außen vor, weshalb wir in verschiedenen Stadtbezirken neben dem Hallenbad auch ein Freibad vorfinden. Die BI hat nachgewiesen, dass man dieses Bad kostenneutral weiter betreiben kann. Der Ratsbeschluss, das Freibad zu schließen, ist absolut unverständlich und vernichtet Vermögen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Auf der September-Ratssitzung musste Euer Begehren formal zugelassen werden, weil das Quorum mehr als erfüllt war. Gleichzeitig war auch darüber zu entscheiden, ob sich der Rat den Inhalt des Bürgerbegehrens zu eigen macht. Als Initiatoren hattet ihr im Vorfeld Verhandlungen mit der Stadtspitze und den Entwurf eines öffentlichen Vertrags ausgearbeitet, der einen Kompromiss vorsah. Warum habt ihr den Kompromiss überhaupt vorgelegt und worin sollte er bestehen?
Das ausschließliche Beharren auf der eigenen Position birgt Risiken – für beide Seiten. Die Verwaltung hatte erklärt, dass sie das Schwimmbecken abreißen möchte, weil sich darunter wichtige Versorgungsleitungen befänden, an die man für den Neubau des Hallenbades heran müsse. Die BI hatte sich damit einverstanden erklärt, wenn den Bahnenschwimmern im benachbarten Hallenbad eines von zwei Becken während der Freibadesaison zur Verfügung gestellt wird. Beim Bürgerentscheid am 16.12. geht die BI das Risiko ein, alles zu verlieren. Sollte er aber positiv für uns und die Bürgerinnen und Bürger ausfallen, wird sich die Verwaltung wegen der Versorgungsleitungen eine neue Lösung einfallen lassen müssen.

Die Ratsmehrheit hat den Kompromiss ausgeschlagen. Was ist nach Eurer Meinung die Erklärung dafür? Die Grünen haben sich in der Diskussion als besondere Demokratiefans dargestellt. Sie wollen auf jeden Fall den Bürgerentscheid.
Ich glaube, dass Schwarz-Grün es als Blasphemie ansieht, wenn die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ihre Beschlüsse kritisieren. Schon deshalb zeigt man sich beratungsresistent. Die Grünen-Fraktion hat sich nach kontroverser Diskussion mit knapper Mehrheit für den Bürgerentscheid ausgesprochen. Sie verkauft dies mit dem Wunsch nach basisdemokratischer Entscheidung. Dabei hat sie im Rat bei verschiedenen Abstimmungen deutlich gemacht, dass sie alles mitträgt, was eine Abstimmung für den Wähler erschwert.

Verschiedene formale Aspekte sind von Euch, der SPD und der Linksfraktion kritisiert worden. Ihr selbst hattet einen Einwohnerantrag gestellt. Worum ging es dabei?
Die Kritik richtete sich gegen die örtliche Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden. Danach sind nur 37 Abstimmungsorte vorgesehen, weshalb viele Stimmberechtigte weite Wege zum Wahllokal zurücklegen müssen. Außerdem war in der Satzung nicht die Landesverordnung umgesetzt, wonach die Stimmberechtigten über die Auffassungen der Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens zu informieren sind. Schließlich der Termin: Wer eine Woche vor Weihnachten einen Bürgerentscheid durchführt, der will des Volkes Meinung gar nicht wissen.

Die kommunale Satzung wurde in einigen Punkten auf der Ratssitzung am 5.11. geändert. So ist eine Bürgerinformation vorgesehen, in der sich alle Ratsparteien, die Verwaltung und ihr als Initiatoren ihre Position darlegen könnt. Diese wird mit der Abstimmungsbenachrichtigung allen Stimmberechtigten zugesandt. Reicht Euch das?
Wenn man uns und den Ratsparteien auf einem DIN A 4-Blatt lediglich 24 Zeilen in einer Breite von 8,5 cm – das sind knapp 20 Prozent einer Seite – zur Verfügung stellt, um die Bürger zu informieren, dann reicht uns das nicht. In anderen Kommunen werden umfangreiche Abstimmungshefte versandt. Aber so ist nun mal das Vorgehen unserer Stadtregierung: Immer hart am Rande der Legalität, damit möglichst wenige Bürger an der Abstimmung teilnehmen.

Der Erhalt des Freibads wird auch als Bezirksangelegenheit abgetan. Wie geht Ihr damit um und wie schätzt Ihr das Risiko ein, dass das stadtweite Quorum von 20 % der Wahlberechtigten nicht erreicht wird? In Mülheim ist unlängst ein Bürgerentscheid knapp gescheitert, bei dem es um die Grundsatzfrage „Keine weitere Veräußerung kommunalen Eigentums“ ging. Worin seht Ihr den Schlüssel zum Erfolg?
Das Freibad Toeppersee hat wegen seiner Größe und Attraktivität eine Bedeutung, die weit über den Bezirk hinausgeht. Wie beim Fußballstadion an der Wedau oder beim Stadttheater in der Innenstadt bemisst sich die Bedeutung einer Einrichtung nicht nach seinem bezirksbezogenen Standort. Das Risiko, am stadtweiten Quorum von 20% zu scheitern ist groß, vor allem dann, wenn die Stadtregierung alles tut, die Bürger von der Abstimmung fernzuhalten. Andererseits haben die Menschen es satt, wenn Büchereien, Jugendzentren, Seniorenbegegnungsstätten oder auch Freibäder geschlossen und stattdessen einige wenige Prestigeobjekte gefördert werden. Darin sehe ich auch den Schlüssel zum Erfolg, dass wir bisher soweit gekommen sind.

Wie können Bürgerinnen und Bürger zum Erfolg beitragen?
Bürgerinnen und Bürger müssen am 16. Dezember nur an der Abstimmung teilnehmen. Und wer an diesem Tag keine Zeit hat, kann sich auch per Briefwahl beteiligen. Alle sollten sich jetzt einmischen und abstimmen gehen. Jetzt erst recht!

Interview: Hermann Dierkes

Menschenkette gegen Braunkohle

■ Am 8. Dezember findet von 14–17 Uhr am im Bau befindlichen Braunkohlekraftwerk in Neurath bei Düsseldorf eine Menschenkette statt, mit der gegen die verfehlte Energiepolitik der Bundesregierung demonstriert werden soll. Der Aktionstag wird von der „Klima-Allianz“, einem Bündnis von Umweltschutzverbänden, Globalisierungskritikern, Kirchen und anderen Kräften organisiert. Anlass ist der geplante Bau von 25 neuen Kohlekraftwerken in Deutschland, die in den nächsten 40 Jahren einen CO_2-Ausstoß von jährlich 140 Millionen Tonnen verursachen würden. Wenn sich die großen Energiekonzerne EON, ENBW, RWE und Vattenfall mit ihren Plänen durchsetzen, würde dies eine völlig falsche Weichenstellung bedeuten, die den notwendigen Umbau der deutschen Energieversorgung auf regenerative Träger massiv behindern und hinauszögern würde. *MSt*

Infos unter: www.campact.de und www.die-klima-allianz.de.

Aktion "Licht aus für unser Klima"
Greenpeace, BUND und andere rufen dazu auf, am 8. Dezember um 20 Uhr für fünf Minuten das Licht auszuschalten. Als dann!

Müntefering macht sich vom Acker - oder doch nicht?

■ Müntefering hat aus seiner innerparteilichen Niederlage und aus seinem Scheitern gegenüber Kanzlerin Merkel die Konsequenzen gezogen. Nachdem er bereits als SPD-Vorsitzender zurückgetreten war, nun ein erneuter Rücktritt, diesmal als Vizekanzler und Arbeitsminister. Aber der Rücktritt, so Müntefering, habe private Gründe. Der ehemalige Minister will seine kranke Frau pflegen. Sein Bundestagsmandat will er aber behalten. Glaubwürdigkeit sieht anders aus, oder? *HWR*

Kurz, aber heftig

Rückblick auf die Ratssitzung vom 5.11.07

von Ute Abraham
Geschäftsführerin DIE LINKE. OL Duisburg

■ **Die Ratssitzung** am 5. November war die bisher Kürzeste in dieser Wahlperiode. Trotzdem gab es natürlich Tagesordnungspunkte, über die heftig diskutiert wurde, wie zum Beispiel zum Atlantis-Kindermuseum, zum Bürgerentscheid Toeppersee sowie zur Schließung des Clauberg Gymnasiums. Zu diesen Themen haben wir aufgrund der Wichtigkeit eigene Artikel in dieser Ausgabe gewidmet.

Bücherfonds

Die Einrichtung eines Bücherfonds wurde auf Betreiben der Ratsfraktion DIE LINKE. OL eingerichtet, um den Kindern aus armen Familien Schulbücher zur Verfügung zu stellen. Eine notwendige Ausgabe, da dank Hartz IV mittlerweile jedes 4. Kind in einem einkommensarmen Haushalt lebt und damit von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen ist.

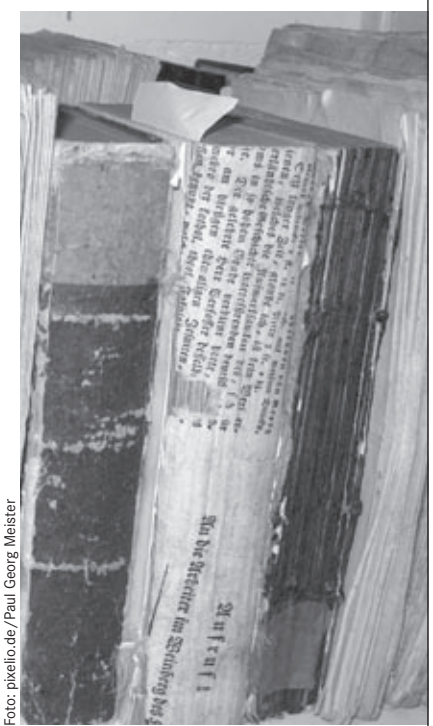


Foto: pixelio.de/Paul Georg Meister

Deutlich wird das u. a. zum Schulbeginn, wenn die neue Generation wissbegieriger Kinder ohne Schulbücher in den Klassen sitzt, weil die Eltern den Eigenanteil nicht aufbringen können. Der im letzten Jahr beschlossene Antrag, einen Bücherfonds einzurichten, der sich durch Spendenmittel speist, ist sicherlich nur eine Notmaßnahme. Dass die Verwaltung fast 1 Jahr benötigte, um Details abzuklären, den Schulausschuss und die Schulen über das Konzept zu informieren, zeugt auch nicht gerade davon, dass die Probleme auf den Nägeln brennen. Derzeit stehen rd. 53.000 Euro zur Verfügung. Mit dem Geld soll in Grund- und Hauptschulen ein Leihbestand zur Verfügung gestellt werden.

Landesfonds: "Kein Kind ohne Mahlzeit"

Einstimmig wurde beschlossen, Mittel aus dem Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ zu beantragen. Aus diesem Fonds werden jedoch nur Kinder profitieren, die eine Ganztagsschule besuchen. Pro Mahlzeit werden 2,50 Euro veranschlagt; das Land übernimmt 1 Euro, 1 Euro zahlt die Stadt und die Eltern müssen 50 Cent beisteuern.

Usedomschule/Schule Salzmannstraße

Um ein Jahr verschoben wurde die bereits 2005 vom Rat beschlossene Auflösung der von Umweltgiften belasteten und nur teilsanierten Gemeinschaftsgrundschule Usedomstraße in Neumühl. DIE LINKE. OL stimmte mit Bedenken zu. Sie erwartet die Fertigstellung des Neubaus für die benachbarte GGS Salzmannstraße – die im Übrigen auch mehr Anmeldezahlen verbuchen konnte als die Usedomschule und schon seit 2003 Platzprobleme hat – zum Beginn des Schuljahres 2009/10.

Familiencard gegen DU-Pass

Das auf der September-Ratssitzung insbesondere von CDU/Grünen betriebene und beschlossene Modell einer Familiencard kommt scheinbar auch nicht vom Fleck. DIE LINKE wollte wissen, wie der Umsetzungsstand ist bzw. wann die Verwaltung wen einlädt, um das Konzept zu präzisieren. Weder der Personenkreis noch ein Termin stehen fest. DIE LINKE legt wert darauf, dass Vertreter der sozialen Bewegungen, der Wohlfahrtsverbände und des DGB beteiligt werden. Unser Ziel ist es, in das Konzept Familienkarte noch wichtige Aspekte des von der LINKEN, dem DGB und der Erwerbslosenbewegung geforderten DU-Pass aufzunehmen.

NS-Dokumentationszentrum in Duisburg

Fazit der Anfrage der LINKEN: Die längst beschlossene Errichtung eines Dokumentationszentrums "Duisburg unter der Naziherrschaft" lässt ebenfalls weiter auf sich warten. Die konzeptionelle Vorarbeit kommt – auch aufgrund von Personalmangel – nur schleppend voran, der wissenschaftliche Beirat hat noch nicht getagt. Eine Delegation des Kulturausschusses hat inzwischen Doku-Zentren in Köln, Dortmund und Oberhausen besichtigt. Eine Auswertung liegt noch nicht vor.

Klinikskandal

Im nicht öffentlichen Teil der Ratssitzung hatte die Linksfraktion um weitere Aufklärung im Klinikskandal gebeten. Neues gäbe es nicht, die Staatsanwaltschaft ermittle weiter, so die Auskunft der Verwaltung. Zur nächsten Sitzung wurde ein Antrag angekündigt, der das Rechnungsprüfungsamt ermächtige, auch die Ausführung von Arbeitsverträgen zu prüfen. Auch bei der Frage, nach der Bestellung eines weiteren Geschäftsführers durch die Stadt, kündigt sich Bewegung an.

Sozialpolitik konkret

Duisburg-Pass mit Sozialticket

Eine der gravierendsten Folgen zunehmender Verarmung ist die faktische Ausgrenzung Vieler, die Hinderung an der gleichberechtigten Teilnahme an kulturellen, sportlichen, sozialen Aktivitäten. Solange nicht sichergestellt ist, dass jede Bürgerin und jeder Bürger über ausreichende Einkünfte verfügen kann, um dieser Ausgrenzung zu entgehen, muss die Teilnahme aller am gesellschaftlichen Leben durch andere Maßnahmen sichergestellt werden. Deshalb fordert DIE LINKE Duisburg einen Duisburg-Pass mit Sozialticket. Damit soll für alle DuisburgerInnen unterhalb der Armutsgrenze die kostenlose Nutzung von Büchereien, Museen, Bildungskursen sowie u. a. der ermäßigte Eintritt in Hallen- und Freibäder oder ähnlicher städt. Einrichtungen ermöglicht werden.
Das Sozialticket soll das Recht aller auf Mobilität sichern.

Nervosität im Landtag steigt

DIE LINKE.NRW erfolgreich gegründet

von Edith Fröse
Sprecherin der LINKEN. KV Duisburg

■ **Der Gründungsparteitag** der LINKEN in NRW war noch nicht eröffnet, da forderte der FDP-Fraktionsvorsitzende im Düsseldorfer Landtag, Papke, den DGB-Landesvorsitzenden Guntram Schneider auf, seine Teilnahme am Parteitag der LINKEN abzusagen. Dieser Aufforderung kam Guntram Schneider nicht nach. Im Gegenteil. In seinem Grußwort verbat sich der DGB-Landesvorsitzende die Belehrungen von der FDP. Stattdessen wies er auf die vielen inhaltlichen Gemeinsamkeiten des DGB mit der Partei DIE LINKE hin. „Die LINKEN sind zu 98 % in den Gewerkschaften organisiert, bei der FDP dürften es 0,9 % sein“, unterstrich Schneider.

Klare Worte richtete auch die ver.di-Landesleiterin, Gabriele Schmidt, an die Delegierten. Die neue Partei, so Gabriele Schmidt, sei eine Bereicherung für die notwendigen Auseinandersetzungen für den Ausbau der Mitbestimmung und gegen die geplanten Privatisierungen der Landesregierung.

Düsseldorf wir kommen!

Nach der Rede von Gregor Gysi wurde der Landesverband NRW formal per Beschluss gegründet. Auch die 14 Duisburger Delegierten applaudierten und freuten sich über die Kampfansage an die herrschenden Parteien im Landtag: „Düsseldorf wir kommen“.

Landespolitische Positionen beschlossen

Über 300 Delegierte haben im Vorfeld des Parteitages die Landespolitischen Positionen und die Landessatzung in den Kreisverbänden diskutiert. Viele Änderungsanträge mussten beraten und abgestimmt werden. Am Ende wurden sowohl die Satzung als auch die Landespolitischen Positionen nahezu einstimmig beschlossen.

Duisburger in Spitzenämter gewählt

Zu Landesvorsitzenden der LINKEN in NRW wurden Ulrike Detjen aus Köln und Wolfgang Zimmermann aus Düsseldorf gewählt. Eine der 4 stellvertretenden Vorsitzenden wurde Edith Fröse aus Duisburg. Mit Thomas Keuer ist ein weiteres Mitglied des Duisburger KV zukünftig im Bundesausschuss der LINKEN vertreten. Der Bundesausschuss ist ein neues Organ, das das Zusammenwachsen der Landesverbände im Osten und Westen fördern soll.

DIE LINKE im Landtag

Nur zwei Tage nach dem Landesparteitag ist der ehemalige Grüne Rüdiger Sagel Mitglied der LINKEN geworden. Damit ist DIE LINKE ab sofort im Landtag vertreten. Da nutzen auch keine Beschimpfungen der FDP. Nur eine starke LINKE wird verhindern, dass die Politik von CDU und FDP bei der nächsten Landtagswahl fortgesetzt werden kann.

Gregor Gysi begeistert mit seiner Rede die Delegierten

Auszüge aus den Landespolitischen Positionen DIE LINKE.NRW

Wir brauchen eine Erhöhung der Löhne und Einkommen für eine Stärkung der Binnenkaufkraft, weshalb wir gewerkschaftliche Lohnkämpfe und die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von gegenwärtig mindestens 8,50 Euro unterstützen. Notwendig sind deutliche Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich. Die Leiharbeit muss zurückgedrängt werden und „Ein-Euro-Jobs“ müssen verschwinden. Die Menschen in diesem Land leisten gute Arbeit. Diese Arbeit muss gut bezahlt und abgesichert sein.

DIE LINKE. NRW ist die Wahl- und Alltagsalternative zur Großen Koalition der sozialen Kälte. Wir arbeiten mit und in den Gewerkschaften, den alten und neuen sozialen Bewegungen, der Friedens-, Frauen-, Umwelt- und Antifa-Bewegung sowie Initiativen und Vereinen für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in NRW.

Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden. Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, sind zu verbieten (Artikel 27 der NRW-Landesverfassung). Wir lehnen die Privatisierungspolitik von Bund, Land und Kommunen ab ... Wasser- und Stadtwerke sind zu rekommunalisieren und die wirtschaftslenkende Rolle der öffentlichen Hand ist wieder auszubauen.

Mit der Einführung von Studiengebühren und der krassen Verschlechterung der Kinderbetreuungssituation durch das sog. KiBiz verschlechtert sich die Chancengleichheit ... Doch dieses Land braucht nicht nur einen Regierungswechsel, sondern vielmehr einen Politikwechsel. Dafür steht DIE LINKE als einzige klare Opposition.

DIE LINKE. NRW ist für den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Sparkassen, ihrer kommunalen Einbindung und eine Stärkung ihrer Gemeinwohlorientierung.

www.dielinke-nrw.de

DIE LINKE Duisburg beschließt Gründung von Ortsverbänden

■ Bis zu sieben Ortsverbände will DIE LINKE Duisburg bis Ende Januar 08 gründen. Dabei sollen die Mitglieder aus den jeweiligen Stadtbezirken autonom über Gründung, Aktionsschwerpunkte und Verantwortlichkeiten entscheiden. Da die Mitgliederzahl der LINKEN ständig wächst, stehen in Duisburg kaum noch ausreichend große und bezahlbare Säle für Mitgliederversammlungen zur Verfügung. Dies ist aber nur ein Nebengrund für die Aufteilung des Kreisverbands in sieben mögliche Ortsverbände, die den jeweiligen Bezirksvertretungen Duisburgs (Walsum, Hamborn, Homberg/Ruhrort/Baerl, Meiderich/Beeck, Mitte, Rheinhausen, Süd) entsprechen. Mit der Gründung von Ortsverbänden wird es der LINKEN noch besser möglich sein, die Probleme der Menschen vor Ort aufzugreifen und mit Forderungen und Aktionen in den Stadtteilen präsent zu sein. *HWR*

SPD ... Steht das S für scheinheilig?

■ Die Unternehmenssteuerreform 2008 führt zu Steuerausfällen von jährlich 10 Milliarden Euro. SPD und CDU/CSU setzen damit munter die Umverteilung von unten nach oben zugunsten der Besserverdienenden fort. Unter Verantwortung der mitregierenden Sozialdemokraten fallen seit 1998:

- die Hartz-Gesetze, die Praxisgebühr, sinkende Reallöhne
- die Senkung des Spitzensatzes der Einkommenssteuer um 11 Prozent
- Nullrunden bei Renten und die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre
- die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozent, die Kürzung der Pendlerpauschale
- die „Gesundheitsreform“ 2007, die Senkung der Unternehmenssteuer 2008
- mehr als ein Dutzend Auslandseinsätze der Bundeswehr, etc.

Dies alles wurde und wird von einer Partei mitgetragen, die ein großes S im Namen trägt und sich nun krampfhaft um ein linkes Image bemüht. Es gibt Menschen, die bei dieser Partei von „Spezialdemokraten“ reden. Neuerdings kursiert aber selbst unter SPD-Mitgliedern die Abkürzungsdefinition „**S**cheinheilige **P**artei **D**eutschlands“. Wie das wohl kommt? *HWR*

Staatliche Hungerlöhne

■ Die Kanzlerin will staatliche Hungerlöhne für die Briefzusteller verordnen. Diese eiskalte Politik soll gegen die Menschen und für die Unternehmen, die ihre Geschäfte auf dem Rücken der Allgemeinheit machen, durchgesetzt werden. Ebenso vordergründig ist die Debatte der Union um den Geltungsbereich. Diesen haben die Tarifvertragsparteien vereinbart und klargestellt, dass die Arbeitnehmer, die gelegentlich Briefe befördern, nicht unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages fallen. Fakt ist, die Union will den Mindestlohn von acht bis 9,80 Euro zerschießen. DIE LINKE erwartet hingegen, dass sich die Große Koalition an den Tarifvertrag hält und die Briefdienstbranche zum 1. Januar vor Lohndumping schützt. Basta! *TK*

Nationalisten marschieren, Kurden und Linke ohne Genehmigung

■ Wie auch in vielen anderen Städten in den letzten Wochen, waren am 28.10. türkische Nationalisten in Duisburg-Marxloh aufmarschiert, um für den Krieg im Nordirak und gegen Menschen kurdischer Herkunft Stimmung zu machen. Etwa 300 Personen waren ohne offizielle Anmeldung an der Pollmann-Kreuzung erschienen. Mehrere hundert Antifaschisten verschiedener Nationalität hatten sich in der Straße getroffen, um Übergriffe zu verhindern. Ein Großaufgebot der Polizei kreiste die Rechten ein und drohte mit Auflösung der Versammlung, ließ sie schließlich aber in einem Demonstrationszug zum weiter abgelegenen Johannismarkt ziehen. In der Zwischenzeit konnten nationalistische Hymnen und rechtsextreme Parolen skandiert werden. Einen knappen Monat später soll einem internationalen Bündnis nun scheinbar eine Demonstration gegen den drohenden Krieg im Nordirak und für Völkerfreundschaft verboten werden. Eine entsprechende Anmeldung wurde vom Duisburger Polizeipräsidium Mitte November zurückgewiesen. Die Demo soll am 1. Dezember um 11 Uhr am Johannismarkt beginnen, rechtliche Schritte gegen das Verbot werden derzeit geprüft. Bei Redaktionsschluss war noch unklar, ob das Verbot aufgehoben wird. *HvS*

www.netzwerk-gegen-rechts.org

Der DU-Pass muss kommen

Mehr Druck aufbauen – stadtweiter Aktionstag am 2. Januar

von Jürgen Aust

■ **Trotz Aufschwungparolen** bleibt die Armutsquote in Duisburg unverändert hoch. Der aktuelle Monatsbericht der Agentur für Arbeit in Duisburg weist für Oktober 2007 im Hartz IV-Bereich 50.980 Alg II- und 20.285 Sozialgeld-EmpfängerInnen aus. Diese Zahlen sind seit Dezember 2006 nahezu unverändert.

Rechnet man Geringverdiener und Rentner hinzu, die unterhalb der offiziellen Armutsgrenze von 938 Euro leben, liegt die Armutsquote in Duisburg inzwischen bei über 20 % der Einwohner. Bei Hartz IV bleibt zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel.

Im Regelsatz von 347 Euro sind täglich 0,21 Euro (!) für den Besuch von Freizeit- und Kultureinrichtungen und 0,47 Euro (!) für den ÖPNV enthalten. Deshalb ist die Forderung nach einem Sozialpass mit Sozialticket dringender denn je, solange Hartz IV nicht vom Tisch ist. Ein Sozialpass verdient aber nur dann seinen Namen, wenn er den betroffenen Menschen auch tatsächlich den Zugang zu öffentlichen und privaten Einrichtungen (Kino, Theater, etc.) und die Fahrt mit dem ÖPNV zu Preisen ermöglicht, die vom Regelsatz bezahlbar sind. Eine pauschale Ermäßigung von 50 % der aktuellen Fahr- und Eintrittspreise, wie es z. B. der DGB fordert, wäre zu wenig. So kostet das DVG-Monatsticket 53,80 Euro, welches für unterhalb der Armutsgrenze lebende Menschen völlig unerschwinglich ist. DIE LINKE fordert daher, dass öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder etc. generell nicht mehr als 1 Euro für Erwachsene und 50 Cent für Kinder kosten dürfen, wie es z. B. bei dem in Frankfurt existierenden Sozialpass bereits der Fall ist.

In den nächsten Wochen ist es notwendig, erheblich mehr Druck aufzubauen und breitere Bevölkerungskreise für die Forderung nach einem DU-Pass zu gewinnen. Bei den letzten Veranstaltungen des „Aktionsbündnisses DU-Pass“ im DGB-Haus wurde beschlossen, eine breite Unterschriftenaktion durchzuführen und diese mit einem Bürger- bzw. Einwohnerantrag zu verbinden.

DIE LINKE wird deshalb zusammen mit anderen Initiativen und Betroffenen am 02.01.2008 vor allen Duisburger ARGEn einen stadtweiten Aktionstag durchführen.

Atlantis: Der inszenierte Untergang

Keine Geschäfte auf dem Rücken von Kindern und Stadtkasse

von Hermann Dierkes

Fortsetzung von Seite 1

► Objekt der Begierde: Das Theater am Marientor (TaM), das ohnehin auf der städtischen Verkaufsliste steht. Es war am Ende des Musical-Rauschs in der Republik mit öffentlichen Subventionen für die Fa. Stella gebaut worden. Nachdem sich Les Míserables als nicht mehr profitabel erwies, stand die Immobilie lange leer. Mehrere Dutzend Millionen DM waren in den Sand gesetzt.

Auch mit der heutigen Nutzung durch die DMG belastet das TaM die städtische Tochter IMD bzw. Stadtkasse mit 1,2 Mio. Euro. Kulturdezernent Jansen (dessen Ehefrau in einem Atlantis-Gremium sitzt) schien zunächst bereit zu sein, sich dafür einzusetzen, wurde aber offenbar von der CDU-Fraktion und der DMG-Spitze zurückgepfiffen. Angeboten wurden AWC bisher mehrere Alternativen, u. a. im Landschaftspark Nord und die frühere Disco Soundgarden am Hauptbahnhof. Warum will AWC das TaM nicht kaufen?!

In den Werhahn-Speicher zieht nun die Merlin-Gruppe mit einem Legoland ein. Die Frage der LINKEN, ob AWC jetzt von der Merlin-Gruppe Miete dafür kassiere, konnte vom Gebag-Geschäftsführer Cremer nicht eindeutig ausgeschlossen werden. Zumindest die Gebag erhalte keine Mietzahlungen von der Merlin-Gruppe. Die mietfreie Nutzung auch durch Legoland sei mit den Förderkonditionen („touristische Nutzung“) auch weiterhin möglich. Die Ansiedlung des Legolands sei „für Duisburg ein Glücksfall“, so Kulturdezernent Jansen, weil dadurch die touristische Nutzung fortgesetzt werden könne und keine Zuschüsse an die EU zurückgezahlt werden müssten. Legoland ist sicher kein adäquater Ersatz für das Atlantis. DIE LINKE befürchtet, dass es sich als Verkaufsveranstaltung mit angeflanschten Ausstellungs- und Erlebnisräumen entpuppen könnte. Das wäre aber mit dem geförderten Nutzungszweck nicht vereinbar.

Kinderträume im Atlantis verbaut?

Nach langer Diskussion wurde der Antrag der BL/AMP verabschiedet, nachdem der OB alle ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen soll, um das Atlantis in Duisburg zu halten. Durch die Intervention der Linksfraktion allerdings mit dem Zusatz „soweit es für die Interessen der Stadt akzeptabel ist“. Gegen den Antrag stimmten FDP und rechter Rand.

Erfahrungsaustausch und neue Initiativen

2. Netzwerktreffen linker GewerkschafterInnen in Duisburg

von Hermann Dierkes
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. OL
im Rat der Stadt Duisburg

SI-Streikende vor dem Duisburger Rathaus

■ Zum 2. Treffen des Netzwerks linker GewerkschafterInnen am 26.10.07 waren rd. 40 Aktive gekommen. Im Mittelpunkt standen ein Bericht von Kollegin Heike Stiels, GBR-Vorsitzende über den Kampf bei der Sparkassen Informatik (SI); ein Bericht von Michael Dubielczyk, VL-Sprecher von Transnet im Servicezentrum Wedau über die Bahnprivatisierung (s. Interview auf Seite 2) sowie ein Referat von Michael Schlecht, Chefökonom beim Bundesvorstand von ver.di über die Mindestlohndebatte. Schlecht: „Man reibt sich die Augen, wer sich heute alles für Mindestlöhne einsetzt oder sie sogar erfunden haben will. Das Wirken der LINKEN trägt auch in dieser Frage Früchte. Aber der Kampf muss weiter gehen, bis wir Erfolg haben.“ Im Folgenden berichten wir über die Auseinandersetzung bei der SI, die nach der Schlichtung einen vorläufigen Abschluss gefunden hat.

Wichtiger Teilerfolg bei SI

Kollegin Heike Stiels und weitere Kollegen berichteten über Hintergründe, Verlauf und Ergebnis des 19wöchigen Streiks bei SI gegen Schließungen. SI zählt rd. 3.600 MitarbeiterInnen. Das Unternehmen zählt noch rd. 3.600 Beschäftigte, ist eine Tochter der Sparkassen, entwickelt und betreut v. a. die Software für die Filialen, Konten und Geldautomaten. Bereits vor der Auseinandersetzung konnte der Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen bis 2012 erreicht werden. Dann die Bombe: 4 der 9 Standorte sollen geschlossen werden, 1.400 MitarbeiterInnen den Einsatzort wechseln. Ziel: Einsparung von 82 Mio. Euro. Das Unternehmen war bis dahin gewerkschaftlich schwach organisiert. Kollegin Heike Stiels: „Informatiker verstehen sich weithin als Individualisten“. Im Lauf des Kampfes organisierten sich je nach Ort zwischen 30 und 90 %. Ein von der Arbeitnehmerseite in Auftrag gegebenes Gutachten wies nach, dass die Schließungen keineswegs zwingend und alternativlos waren. Doch die Unternehmensführung blieb stur. Als sich die Belegschaften mit Streiks und öffentlichen Aktionen – auch in Duisburg - zur Wehr setzten und einen Sozialtarifvertrag forderten, versuchte man sie mit allen Tricks zu spalten und zu schwächen. Kollegin Heike Stiels: „Die Beschäftigten wurden sogar gedrängt, auf Gleitzeit zu streiken!“ 19 Wochen hielt der Streik an, die Solidarität war groß, auch von Kunden, zahlreiche EDV-Projekte liefen „auf rot“. Schließlich kam ein Schlichtungsverfahren zustande. Nach 14 Tagen lenkte die Geschäftsführung ein. Der Erhalt aller Standorte konnte zwar nicht durchgesetzt werden, aber die Versetzungen erfolgen unter halbwegs akzeptablen Bedingungen, fest geschrieben in einem Tarifsozialplan. Duisburg wird im September 2008 geschlossen. Unter anderem werden 100 Beschäftigte aus Duisburg und Köln für 4,5 Jahre an das Druckzentrum in Köln versetzt. Es werden 80 unbefristete und 40 befristete Telearbeitsplätze eingerichtet, 70 Flextime-Arbeitsplätze (d. h. Arbeit überwiegend Zuhause). 250 Mitarbeiter leisten für 2 Jahre nur noch 80 % ihrer bisherigen Arbeitszeit bei 90 % des letzten Entgelts usw. Eine Personalfindungskommission unter Beteiligung der Betriebsräte und des Präsidenten eines LAG wird gebildet. Sie entscheidet, wer wie eingesetzt wird. Erreicht wurde auch eine Mobilitätshilfe. Wer das Unternehmen verlassen will, erhält außerdem eine deutlich verbesserte Abfindung.

Dieter Uhlenbruch, Hermann Dierkes, Ratsherr Erkan Kocalar, MdB Hüseyin Aydin, Kenan Ilhan (v.l.n.r.)

Weitere Einschnitte drohen

Die Streikenden schätzen das Ergebnis als Erfolg ein. In der Urabstimmung votierten knapp 92 % der ver.di-Mitglieder mit Ja. Die Beteiligung lag bei 72,5%. Ohne gewerkschaftlich organisierten Kampf wäre der Teilerfolg nicht erzielt worden.

Der Tarifsozialplan ist nicht nur aktuell wichtig. Für Mitte nächsten Jahres wird mit einer Großfusion gerechnet zwischen SI und dem zweitgrößten Dienstleister der Branche, FinIT. Hinzukommen sollen die Rechenzentren von Versicherungsgesellschaften und Landesbanken. Ziel ist hier die Einsparung weiterer 200 Mio. Euro. Weitere massive Einschnitte drohen und 2.000 Mitarbeiter dürften betroffen sein. Umso wichtiger, dass sich die Politik im Interesse der ArbeitnehmerInnen und Sparkassenkunden einschaltet. Sparkassen sind nach wie vor öffentlich-rechtliche Einrichtungen. Auch die jeweilige Kommunalpolitik kann und muss auf ihren Kurs Einfluss nehmen.

Gegen EU-Vertrag und Rentenklau

■ 200.000 Menschen demonstrierten am Donnerstag, den 18.10.07 in Lissabon gegen den EU-Gipfel, der einen neuen Anlauf unternommen hat, um die gescheiterte neoliberale EU-Verfassung in anderer Verkleidung durchzusetzen. Aufgerufen hatte insbesondere der Gewerkschaftsbund CGTP. In Frankreich streiken Eisenbahner und öffentlicher Dienst massiv gegen das Vorhaben der Regierung Sarkozy, die Zusatzrenten zu kappen, die Beitragsdauer von 37,5 auf 40 Jahre und das Rentenzugangsalter um fünf Jahre anzuheben. Bei uns streikt nur die kleine GDL.

Deutscher Freidenkerverband
Landesverband NRW

Jugendfeier/weihe 2008

Auch im Jahr 2008 veranstaltet der Deutsche Freidenker Verband eine Jugendfeier/weihe. Diese Feier richten wir für junge Menschen aus, die zwischen 13 und 16 Jahre alt und nicht religiös gebunden sind. In diesem Alter rutscht man oder frau ja so langsam ins Erwachsensein.

Dieser Übergang ist ein wichtiger Lebensabschnitt, gekennzeichnet durch vielerlei Probleme, sowohl für die jungen Menschen, als auch für deren Eltern. Wir Freidenker wollen Selbstständigkeit und Selbstvertrauen bei den Jugendlichen fördern. Deshalb führen wir mehrere Vorbereitungsseminare durch, bei denen die Jugendlichen die Themen mitbestimmen können. Themen wie z. B. Aids, Drogen oder Sekten werden behandelt.

Das **erste Treffen** zum Kennenlernen findet Ende Januar 2008 statt. Geplant sind fünf weitere Seminartreffen und ein gemeinsames Wochenende. Die Jugendfeier/weihe findet voraussichtlich im **Juni 2008** statt.

Die **Kursgebühr** beträgt 100,- Euro.

Weitere Informationen
Albert Schmit
Tel.: 0 23 58 / 79 00 72
Elke Möllers
Tel.: 0 20 65 / 2 44 48
Anna Bartholomè
Tel.: 02 09 / 5 38 97

■ 160 Tage währte der Arbeitskampf der Stahlarbeiter in Rheinhausen um den Erhalt der Krupphütte mit ihren 5.300 Beschäftigten. Helmut Laakmann, damaliger Betriebsleiter des Stahlwerkes, berichtet über die Ereignisse, den Widerstand und die Solidarität im Revier.

Vor 20 Jahren ...

Chronik der Ereignisse

27.11.1987: Der Vernichtungsplan wird bekannt, Kundgebung vor der Hauptverwaltung, Demonstrationen der Stahlkocher durch Rheinhausen. **30.11.1987:** Belegschaftsversammlung. Protest von 10.000 im alten Walzwerk. **01.11.1987:** Fahrt mit Bussen zu anderen Standorten der Krupp-Stahl AG. **02.11.1987:** Blockade der Rheinbrücke von Rheinhausen nach Duisburg. **03.12.1987:** Demonstration von 12.000 Duisburger Schülern in Rheinhausen. **04.12.1987:** Aktionen vor Duisburger Stahlbetrieben. Aktion „Schichtwechsel“. **07.12.1987:** Stahlkocher stürmen die Aufsichtsratssitzung der Krupp Stahl AG in Bochum. 6.000 Stahlkocher im Warnstreik. **09.12.1987:** Stahlkocher „besuchen“ die Villa Hügel, die Krupp Zentrale in Essen. Berthold Beitz flüchtet vor seinen Mitarbeitern über die Hintertreppe. Großkundgebung der ÖTV auf dem Werksgelände in Rheinhausen. **10.12.1987:** Stahlaktionstag im Ruhrgebiet. „Alle Räder stehen still ...“ bei Krupp, Thyssen und Hoesch. Franz Steinkühler in Rheinhausen. Solidaritätsaktionen der Bauern vom Niederrhein. **16.12.1987:** Solidaritätskonzert mit Hannes Wader. **18.12.1987:** Solidaritätstag des DGB. Kundgebung der IGBE in der Menage. Ökumenischer Gottesdienst im alten Walzwerk. **24.12.1987:** Stahlarbeiter und Bürger feiern Weihnachten vor dem Tor 1; ARD überträgt live. **31.12.1987:** Tausende feiern Silvester am Tor 1 an der Mahnwache. **05.01.1988:** „Spazierfahrt“ zum Krupp-Werk in Düsseldorf-Benrath. **06.01.1988:** Nachtaktion in Duisburg auf die Äußerung des Vorstandsvorsitzenden Scheider: „Die Schließung jetzt schnell durchzusetzen.“ **12.01.1988:** Mahnwachen am Tor 1 bei Mannesmann in DU-Huckingen. „Kollegen, wir sehen Euch nicht kämpfen!“ **14.01.1988:** IGM-Vertrauensleutekonferenz in der Rhein-Ruhr-Halle in Duisburg-Hamborn. Auftaktveranstaltung der Stahltarifrunde. Warnstreiks und Autokorso der Stahlarbeiter.

"Rheinhausen muss leben"

Der Arbeitskampf der Krupp-Stahlarbeiter vor zwanzig Jahren

■ **Der 26.11.87** sollte ein ganz normaler Tag im Krupp-Stahlwerk in Rheinhausen werden. In der Nacht hatte es ein paar Störungen gegeben. Deswegen war ich schon sehr früh im Stahlwerk unterwegs. Vor ein paar Monaten hatte es noch Reparaturschichten gegeben, da wurden die Anlagen regelmäßig repariert und gewartet. Doch in der letzten Zeit wurden die Reparaturschichten immer wieder auf die nächste Woche verschoben; Produktion war wichtiger.

Heute kommt alles zusammen: der Stahlwagen, ein Transportgerät für den Transport der schweren Stahlpfannen, steht wegen eines Motorschadens. Die Schmelze dort drinnen wird immer kälter. Von Weitem sehe ich zwei Betriebsräte auf mich zukommen. Sie nehmen mich zur Seite und erzählen mir, dass das Hüttenwerk geschlossen werden soll. Für mich sind die 320 Tonnen Stahl in der abkühlenden Pfanne wichtiger, das „Gerücht“ der Betriebsräte interessiert mich nicht sehr. Die Forderung des Vorstands nach mehr Produktion, Einsparung von Personal und Reduzierung der Betriebskosten war ständig in meinem Kopf.

Bei der Frühbesprechung im Stahlwerksbüro kann ich diese Botschaft aber nicht mehr ignorieren. Wie ein Lauffeuer geht diese Nachricht jetzt von Mund zu Mund: „Das Werk soll platt gemacht werden!“

Gegen Mittag will der Vorstandsvorsitzende Dr. Gerhard Cromme vor dem Verwaltungsgebäude der Belegschaft erklären, dass es betriebswirtschaftlich sinnvoll ist, das Hüttenwerk zu schließen.

Knapp tausend Belegschaftsmitglieder haben sich versammelt. Mitten in die „Vorstandsrede“ gibt es Bewegung. Die Auszubildenden machen Druck und plötzlich fliegen Hunderte von Eiern in Richtung Vorstand. Vorstände sehen nicht wichtig aus und schon gar nicht klug, wenn das Eigelb an ihnen heruntertropft. Olaf Gruß, der Jugendvertreter geht an das Mikrophon und warnt vor „Kreuzberger Verhältnissen“.„Mein Gott“, denke ich, „was für ein mutiger junger Mann.“

Die Nachrichten in Zeitungen und Fernsehsendern überschlagen sich.

Bis zum 30. November geht kein Stahlarbeiter mehr an die Arbeit. Es gibt ständige Demonstrationen durch Rheinhausen.

Heute ist außerordentliche Betriebsversammlung. Mehr als 10.000 Menschen sind in die Walzwerkshalle gekommen und ich mitten drin.

Die Rede vom Vorstandsvorsitzenden Cromme: “Das Werk muss geschlossen werden.“, hatte jeder so und nicht anders erwartet. Schlimm jedoch sind die Vertreter der etablierten politischen Parteien und die hauptamtlichen der IGM. Keine Hilfe, kein Beistand, sondern Ohnmacht und Schuldzuweisungen an alle möglichen fernen Instanzen sind der Inhalt ihrer Reden.

Ich bin dann zur Rednertribüne gegangen und habe mich zu einem Redebeitrag gemeldet. Der zweite Betriebsratsvorsitzende Steegmann meint, dass noch zwanzig Redner vor mir dran sind. Ich bin schon einige Meter weg, da ruft er nach mir: “Helmut komm, du bist dran!“ Ich stehe auf dieser Tribüne. Viele verlassen schon die Halle: „Hat ja doch alles keinen Sinn!“

In den paar Sekunden, bevor ich anfange, sehe ich, dass diese Abwanderung sich wieder herumdreht, dass die Menschen wieder in das Walzwerk zurückströmen. Während meiner Rede ist deutlich zu spüren, dass die Kollegen, die sich schon verloren glaubten, jetzt neuen Mut schöpfen. „Wer am Boden liegt, soll sich erheben, und wer sich verloren glaubt, muss kämpfen!“

In der Nacht zum zweiten Dezember sperren meine Kollegen die Rheinbrücke (Brücke der Solidarität) von Duisburg nach Rheinhausen. Was in der Nacht mit dreißig Kollegen beginnt, setzt sich am Morgen mit der Frühschicht fort. Tausende Kollegen eilen zu Hilfe und kommen zur Brücke. Gegen Mittag ist die ganze Stadt auf den Beinen. Die Stahlkocher in Rheinhausen haben jetzt Verbündete, die Zeit der Solidarität ist gekommen.

Ein Lehrstück

Widerstand gegen Lüge, Profitgier und Menschenverachtung

■ **„Rheinhausen ist überall“** war die Losung. Jeden Tag wuchs die Solidarität des Reviers. Aber auch die Lobbyisten der Stahlindustrie waren nicht untätig, und so wurde Rheinhausen auch ein Lehrstück für Lüge, Profitgier und Menschenverachtung.

Im Jahre 1897 nimmt das Hüttenwerk in Rheinhausen seine Arbeit auf. Bis zum Jahre 1945 produzieren 8.000 Mitarbeiter mit dem Thomas- und dem Siemens-Martinverfahren täglich 2.700 Tonnen Stahl (0,347 t/Mitarb.). In den 50er und 60er Jahren gab es ca. 16.000 Mitarbeiter und die tägliche Produktion steigt auf 4.200 Tonnen Stahl (0,260 t/Mitarb.), die Produktivität sank.

Das hatte im Wesentlichen damit zu tun, dass der Krupp-Generalbevollmächtigte Berthold Beitz „auf dem Parkett der feinen Gesellschaft“ den Anschluss an die neuen Technologien vertanzte. Schon 1948 machte ein neues Stahlverfahren die Runde, das LD–Verfahren.

Erst in den 70er Jahren, von den Mitbewerbern schon oft überrundet, machte Herr Beitz eine Tanzpause und ließ in Rheinhausen das modernste LD-Stahlwerk Europas bauen. Die alten Verfahren wurden stillgelegt und das Personal „sozialverträglich“ abgebaut. Bis zum Jahre 1987 produzierten 6.200 Mitarbeiter täglich 9.722 Tonnen Stahl (1,568 t/Mitarb.). Selbst in der Zeit von 1988 bis 1992 stieg die Produktivität auf 1,893 t/Mitarbeiter, also um 20 %. Die Gründe für eine Stilllegung waren nicht bei der Belegschaft zu suchen, sondern beim Krupp-Management.

Das Stahlgeschäft ist ein temporäres Geschäft. Die Monate November bis Januar sind oft durch ein niedriges Auftragsvolumen der Bereiche: Baugewerbe, Automobilbau und Maschinenbau gekennzeichnet. Die Stahlkonzerne nutzen diese Situation oft, um auf hohem Niveau zu jammern, dies ist auch deshalb praktisch, weil sich in dieser Zeit die Tarifparteien treffen. Diese Situation wurde aber in den 80ern durch eine kräftige „kohlsche“ Wirtschaftsflaute verstärkt. Hinzu kam, dass die Staaten des Comecon (wirtschaftliche Vereinigung der Ostblockstaaten) Stahl in großen Mengen als Devisenbeschaffung in die EU exportierten.

Das wäre jetzt die Stunde der Stahlbosse gewesen, um zusammen voranzugehen, Gemeinsamkeiten zu entwickeln. Aber geprägt durch persönliche Eitelkeit, Arroganz und Ignoranz begaben sie sich auf den Weg: „Es kann nur einen geben!“ Da kam der Krupp-Vorstandsvorsitzende Cromme gerade richtig. Das Mannesmann-Röhrenwerk wackelte gewaltig und Cromme hatte die Idee zu einer gemeinsamen Hütte. Man wollte sich die Produktion teilen, bei Vollauslastung zu niedrigsten Kosten. „Den fehlenden Rest kaufen wir uns bei den ertrinkenden Mitbewerbern zu Dumpingpreisen.“ Alle freuten sich, der Herr Beitz, die Bundes- und die Landesregierung (Letztere nur bei internen Telefongesprächen) und der IGM-Vorsitzende Steinkühler, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Firma Mannesmann. Der freute sich so, dass er erst nach 10 Tagen Arbeitskampf die Belegschaft in Rheinhausen besuchen konnte.

Nach 160 Tagen war die Krupp-Belegschaft gemeinschaftlich niedergekämpft. Aber Monate später wurde der Stilllegungsbeschluss klammheimlich zurückgenommen. Es boomte und die „Ertrinkenden“ waren nicht bereit an Herrn Cromme Stahl zu verkaufen. Aber schon fünf Jahre später kaufte er bei Nacht und Nebel die Aktien der Hoesch AG, schraubte die Krupp-Ringe an das Tor und legte Rheinhausen still.

Jetzt war Thyssen an der Reihe und alles lief wie „geschmiert“. Hoesch wurde platt gemacht und die Krupp-Ringe bei Thyssen angebracht. Der Konzernballon hatte wieder an Höhe gewonnen, Ballast wurde abgeworfen, Belegschaftsmitglieder und deren Familien zuerst. Völlig legal, asozial und neoliberal!

Kundgebung 4.000 Teilnehmer. **20.01.1988:** Warnstreiks an allen Stahlstandorten. **28.01.1988:** Demonstration von Schülern und Auszubildenden mit 15.000 Teilnehmern „Rheinhausen muss leben!“. **31.01.1988:** „Großes Kyrie“: Sternmarsch von 13 Rheinhauser Kirchen nach St. Peter mit 5.000 Teilnehmern. **10.02.1988:** „Mittwochs in ...“ Fernsehsendung live aus Rheinhausen mit den Beteiligten des Arbeitskampfes. **17.02.1988:** „Politischer Aschermittwoch“: Kundgebung und Gottesdienst im alten Walzwerk. 15.000 Teilnehmer. **20.02.1988:** „Auf-Ruhr“ Konzert 40.000 Menschen im Walzwerk. **23.02.1988:** „Tausend Feuer an der Ruhr“: 80.000 Menschen im Ruhrgebiet mit Fackeln unterwegs. Menschenkette von Tor 1 Krupp-Rheinhausen bis zum Tor 1 Hoesch-Dortmund. **24.02.1988:** „Kanzlerrunde“ in Bonn: Rheinhausen geht leer aus. **09.03.1988:** Krupp verschickt „blaue Briefe“. Wer nicht arbeitet, sondern weiter protestiert, fliegt. **25.03.1988:** Betriebsräte legen Konzept zur Erhaltung des Werkes vor. **30.03.1988:** Stahlkocher fahren zum Verwaltungsgebäude in Bochum und stürmen die Vorstandssitzung. Krupp droht jetzt den Stahlarbeitern mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen und Schadensersatzansprüchen. **09.04.1988:** Die Stahlarbeiter streiken, trotz blauer Briefe. Die Hütte steht. In die Streikkasse sind 1,6 Mio. DM eingezahlt worden. **11.04.1988:** Verkehrsinfarkt in Düsseldorf. Stahlarbeiter demonstrieren in der Bannmeile des Landtages und sperren die Rheinknie-Brücke. Rau, die Minister Jochimsen und Heinemann wollen vermitteln. **03.05.1988:** Annahme der Rau-Verhandlungsergebnisse durch die Belegschaft und Beendigung des Arbeitskampfes. 1989 wird das Walzwerk und 1990 das Stahlwerk geschlossen. Keiner wird arbeitslos. **06.04.1990:** Der Stilllegungsbeschluss wird aufgehoben. Das Werk soll unbefristet weiter produzieren. **15.08.1993:** Rheinhausen fährt die letzte Schicht und die Produktion wird nach Krupp-Hoesch in Dortmund verlagert.

Stahltach in Rheinhausen. 26.11.2007–02.12.2007. 20 Jahre danach.

von Helmut Laakmann

■ **Der Stahltach in Rheinhausen** soll an die Menschen erinnern, die sich mit Mut und Entschlossenheit gegen die Schließungspläne des Krupp-Vorstandes gestellt und über 160 Tage Widerstand geleistet haben, getragen von der Solidarität der Menschen im ganzen Revier.
Dieser Arbeitskampf hat viele Menschen verändert. Widerstand macht eben auch widerstandsfähig. Aber Lebenserfahrungen verlieren an Wert, wenn man sie nur in der Schmuckschatulle der Erinnerungen aufbewahrt. Sie sind aber wertvoll, wenn man bereit ist, diese Erfahrungen mit anderen zu teilen. Wie ein ständiger Regen überschüttet man uns mit sogenannten Reformen. Wer hätte vor zwanzig Jahren gedacht, dass Menschen vor Suppenküchen Schlange stehen. Dass es massive Kinderarmut in unserer Stadt gibt und unsere Kinder kaum eine Chance auf einen Ausbildungsplatz bekommen. Wer hätte gedacht, dass viele vom „Lohn“ ihrer Arbeit nicht mehr leben können und Arbeitslose mit Zwangsumzügen konfrontiert werden. Wer hätte gedacht, dass viele RentnerInnen immer dann, wenn sie ihre Miete und ihren Strom bezahlt haben, kaum noch etwas zum Leben haben. Es ist aber so. Gut wäre, wenn wir uns nicht weiter teilen ließen, damit uns andere beherrschen können. Gut wäre, wenn wir solidarisch zusammenstünden, Seite an Seite und Schulter an Schulter.

Umweltausschuss muss rechtzeitig beteiligt werden

■ Dass vor der Stellungnahme der Stadt zu umweltbelastenden Neuanlagen, wie sie die Genehmigungsbehörde (meist die Bezirksregierung) regelmäßig anfordert, auch der Umweltausschuss des Rates beteiligt wird, sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Bisher war oft das Gegenteil der Fall. Der Umweltausschuss wurde erst informiert, wenn die Stellungnahmen der städtischen Ämter bereits „vergilbt“ oder rechtsgültige Genehmigungen schon erteilt waren. Gar zu lange wurde das hingenommen, erst die Vorgänge um die Genehmigung der hochgefährlichen CO-Pipeline im Duisburger Süden (wo städtische Ämter, um ein Wasserschutzgebiet zu schonen, einer Trassenlegung durch dicht besiedeltes Wohngebiet zustimmten) brachten das Fass zum überlaufen. Und so geschah ein kleines Wunder: Ein Antrag der LINKEN. OL, dass in Zukunft keine endgültige Stellungnahme der Stadt zu emittierenden Anlagen ohne das Votum des Umweltausschusses nach Düsseldorf geht, fand auf seiner Sitzung am 23.10.07 eine einstimmige Mehrheit! *DF*

E.on verliert 300 Mio. kWh pro Jahr

■ Als erste Großstadt will Kassel nur auf Ökostrom setzen. Ab 30.10.07 beliefern die Stadtwerke Kassel ihre 97.000 Stomkunden nur noch mit Strom aus Wasserkraft. Der Vertrag mit dem E.on-Konzern wurde gekündigt, obwohl dieser 24,9 % des Gesellschaftskapitals an den Städtischen Werken AG Kassel hält. Eine Preiserhöhung ist mit dem Wechsel nicht verbunden. Hintergrund der Entscheidung ist nicht ein politisch gewollter Ausstieg aus der CO_2-Wirtschaft. Weil Bund und Länder allen Stadtwerken eine Senkung der Betriebskosten verordnet haben, laufen die Städtischen Werke Kassel AG Gefahr, an Stelle ihres bisherigen Gewinns von 15 Mio. Euro jährlich für die Stadtkasse ein Minus einzufahren. Weil ein Verkauf nicht durchsetzbar war, wurde die Ökoenergie angegangen. Dem Beispiel Kassel könnten alle Stadtwerke folgen, denn es geht hier lediglich um den Wechsel des Vorlieferanten. Ein Beispiel für die Duisburger Stadtwerke, bei denen Atomstromer und CO_2-Produzent RWE rund ein Drittel der Anteile hält. *HD*

"Heute wir, morgen Ihr"

Widerstand gegen Giftgas-Pipeline nimmt zu

Pipelinebaustelle in der Siedlung Angerbogen

von Dr. Detlef Feldmann
für DIE LINKE. OL im Umweltausschuss

■ **„Heute wir, morgen Ihr“,** war eine Hauptparole bei der Demonstration von fast 5.000 GegnerInnen der Giftgas-Pipeline am 3.11. in Düsseldorf. Vieles spricht nämlich dafür, dass die geplante CO-Pipeline von Köln-Worringen nach Krefeld-Uerdingen nur ein Pilotprojekt ist. Ein ausgedehntes Netz soll folgen und wird folgen, wenn der Widerstand der betroffenen Bevölkerung das Vorhaben nicht kippen kann. Viel steht auf dem Spiel, der Kampf muss weiter gehen und der Widerstand noch breiter werden.

Der Ton wird schärfer, die Forderungen der Bürgerinitiativen sind erfreulich eindeutig: Keine Giftgasröhre. Nicht rechtsrheinisch und nicht linksrheinisch, nicht im Wohngebiet und nicht im Naturschutzgebiet: Nirgends! Die Produktion soll dort stattfinden, wo das CO-Gas gebraucht wird. Wenn es denn überhaupt gebraucht wird! Der BUND weist darauf hin, dass CO nur unumgänglich ist, wenn man aus Kostengründen den Syntheseweg über das ebenfalls hochgiftige Phosgen (dem furchtbaren Kampfgas „Grünkreuz“ im Ersten Weltkrieg) wählt. Es gibt nämlich erprobte Synthesewege, die ohne derartige Giftstoffe zur Kunststoffproduktion auskommen.

Aspirin + Giftgas – wie passt das?

„Aspirin + Giftgas – wie passt das?“, lautete eines der Transparente. In der Tat, wie passt das? Und wie bringt man dieses Missverhältnis so richtig ins Bewusstsein der Leute? Wie mobilisieren wir Verbrauchermacht? Wäre doch schön, wenn jeder Arzt sich dreimal überlegen würde, ob er ein Bayer-Produkt verschreibt, wenn jede und jeder Kranke sich viermal überlegt, ob er/sie ein Bayer Medikament kauft. Da würde die Konzernspitze mit Sicherheit hellhörig!

Mit auf der Bühne: Die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden Langenfeld, Hilden, Monheim, Erkrath und der Landrat des Landkreises Mettmann, der eine durchaus kämpferische Rede hielt.

Mit einer Politik wie der Duisburger Stadtspitze unter OB Sauerland und Stadtdirektor Greulich, die ihre rechtlichen Möglichkeiten ungenutzt verstreichen ließ, die allen wohl und keinem wehe tun will, die auf einen Kompromiss mit Bayer – etwa einer teilweisen Trassenänderung – hinzielt, hätte man bei dieser Veranstaltung wahrlich keinen Blumentopf gewinnen können.

So blieben sie weg, genau so wie Düsseldorfs Erwin. Vom Saulus zum Paulus geworden (oder hatte er bei der einstimmigen Abstimmung im Landtag im Jahr 2006 über das Pipeline- und Enteignungsgesetz nur geschlafen?), erwies sich auch der grüne Landtagsabgeordnete Johannes Remmel. Er versprach für sich und seine Fraktion die volle Unterstützung der Bürgerbewegung.

Aber was können wir vom Landtag noch erhoffen? Bei der stattgefundenen Anhörung schien das Hauptziel der Fraktionen nur darin zu bestehen, den Schwarzen Peter hin- und herzuschieben. Die hohe Kunst dieser Art von Politikern: Die WählerInnen nicht zu sehr zu verärgern, sich aber gleichzeitig - und vor allem - nicht mit Bayer anzulegen.

Wie bringt man die Genehmigungsbehörde unter einem Regierungspräsidenten Büssow (SPD) zur Vernunft? Macht nichts, es würde reichen, wenn Bayer endlich Einsicht zeigte. Imageschaden und wirtschaftliche Verluste sind die einzige Sprache, die der Konzernvorstand versteht. Packen wir es an!

Protestkreuze in der neuen Sieldung am Angerbogen

Zusammenhalt gestärkt

2. bundesweites Sozialforum in Cottbus

von Angela Klein

■ **Bei 160 Veranstaltungen –** die meisten in eineinhalb Tagen – füllten selbst die 1.500 Dauerteilnehmenden die Säle nicht wirklich. Viele Veranstalter zeigten sich dennoch „hochzufrieden“. 2005, auf dem 1. Sozialforum in Erfurt war bereits klar: Zwei große Mobilisierungen konnte es 2007 nicht geben. Wichtiger war jedoch, dass der Grundgedanke des Forums sich verstetigt: Zusammenführung von Bewegungen, Arbeit an gemeinsamen Nennern, Initiativen und Aktionen. Hier wurden Fortschritte erzielt. Durch die stärkere Beteiligung der Gewerkschaften, vor allem aber von Organisationen aus Polen und Tschechien, konnte die Zusammenarbeit intensiviert werden. Die Versammlung sozialer Bewegungen hat u. a. folgende Schwerpunkte für das folgende Jahr angezeigt: 1. Global Action Day, 26.01.08.

Das Weltsozialforum findet auf Beschluss des Internationalen Rats im Jahr 2008 als globaler Aktionstag statt, erst 2009 wieder als zentrale Veranstaltung im brasilianischen Belém. Beratungsergebnis von Cottbus war, am 26.01.08 lokale Aktionen durchzuführen. Am 25.11.07 trifft sich die Vorbereitungsgruppe in Berlin.

Klima

Von der Camp AG Heiligendamm geht der Vorschlag aus, im Juni 2008, zum Zeitpunkt des G8-Gipfels (07.–09.07.08 in Hokkaido, Japan), ein bundesweites Klimacamp durchzuführen. Die Vorbereitungsgruppe rechnet mit 3.000 Teilnehmern.

Globale soziale Rechte

Attac, medico international, die IG Metall und „kein Mensch ist illegal“ diskutieren seit April über die Frage, ob und wie es einen gemeinsamen Kampf für globale soziale Rechte geben kann. Solche Diskussionsveranstaltungen sollen nun an verschiedenen Orten durchgeführt werden.

Europa

Das Europäische Sozialforum in Malmö (18.–21.09.2008) soll mit lokaler Mobilisierung vorbereitet werden. Schwerpunkte: EU-Reformvertrag (Aufklärung, Volksabstimmung, unsere Alternative); US-Raketen“schirm“ und einer weltweiten Kampagne gegen Militärbasen; globaler Aktionstag gegen die bilateralen Freihandelsabkommen der EU mit Ländern Afrikas am 07.12.08.

www.sozialforum2007.de

Verführerische Köder

von Paul Schäfer
verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

■ **„Stellt euch vor, es ist Krieg** und keiner geht hin“ – im Verteidigungsministerium, wo am Umbau der Bundeswehr in eine global einsatzfähige Kampftruppe gearbeitet wird, löst diese Parole der Friedensbewegung mittlerweile gesteigertes Unbehagen aus: Der Armee fehlt Nachwuchs. Bei der Verpflichtung von Zeitsoldaten bleibt sie weit hinter ihren Planungen zurück, und auch der Wehrbeauftragte berichtet von einem „beständigen Mangel“, der „seit Beginn der verstärkten Einsatztätigkeit“ festzustellen sei. Damit ist eine der Ursachen für die Nachwuchssorgen benannt: Deutschland am Hindukusch zu verteidigen, ist offenbar keine allzu erstrebenswerte Berufsperspektive.

Umso verbissener versucht die Bundeswehr, die Taktzahl der Rekrutierungsmaschinerie zu erhöhen: Jugendoffiziere organisieren Ausflüge für Schulklassen, durch Deutschlands Innenstädte ziehen technikgespickte Wanderausstellungen und in den Kinosälen laufen Werbeclips für die Ausbildung zum Kampfpiloten.

Diese Imagekampagnen werden ergänzt durch verführerische Köder: In den von Jugendarbeitslosigkeit geplagten neuen Bundesländern lockt die Bundeswehr Schüler mit Ausbildungsplätzen in zivilen Betrieben – im Gegenzug für eine anschließende Verpflichtung als Zeitsoldat, Auslandseinsätze in Kriegs- und Krisengebieten inklusive.

Auch im Westen setzt man auf das Arbeitsplatz-Argument. Zwar ist die Hightech-Armee Bundeswehr vor allem an gut ausgebildeten Spezialisten interessiert, die kaum von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Zur Auffüllung der Reihen wirbt sie indes auch gern in Kooperation mit den örtlichen Arbeitsagenturen - in manchen unterhält sie gar eigene Anwerbestellen. Dort wird viel über sichere Jobs geredet, über glänzende Aufstiegsmöglichkeiten und üppige Abfindungen – erheblich weniger dagegen über Gewissensfragen, Aufgaben und Gefahren.

Die Verpflichtung als Soldat wird so zu einer begrüßenswerten Alternative zur Arbeitslosigkeit geriert; mit der Folge, dass auch der soziale Druck steigt. Das massive Werben weist in eine Richtung, die Arbeitslose schließlich zu der fatalen Frage führt, ob sie sich eine Gewissensentscheidung gegen die Teilnahme an Kriegen materiell überhaupt noch leisten können.

Bertelsmann-Stiftung

Schattenkabinett aus Gütersloh

Ende Oktober fand in Frankfurt eine Tagung statt, die sich kritisch mit der Bertelsmann-Stiftung auseinandersetzte. Über 200 TeilnehmerInnen, v. a. aus Gewerkschaften, Personalräten, sozialen Bewegungen und Studentenschaft diskutierten über die Aktivitäten der Stiftung und ihrer Ableger CHE und CAP und entwickelten politische Handlungsperspektiven. Eine wichtige Forderung war, der Stiftung die Gemeinnützigkeit abzuerkennen. Eine wesentliche Forderung, denn die Bertelsmann-Stiftung hält 76 % der Anteile der Bertelsmann AG, einem der bedeutendsten Medienriesen weltweit und spart somit einen Großteil der Steuern für die jährlich etwa 18 Mrd. Euro Konzernumsatz ein. Stiftungslobbyisten gehen in allen Landesregierungen ein und aus und kooperieren mit Kultusministerien, Kanzleramt und Kommunalverwaltungen. Sie waren und sind tonangebend bei der Etablierung der Agenda 2010 einschließlich der Hartz IV-Gesetzgebung, der Privatisierung im Gesundheitssystem oder der Einführung der Studiengebühren.

Die Lösung des Problems

Das Konzept der Bertelsmann-Stiftung ist relativ schlicht, unabhängig davon, wie komplex die gesellschaftlichen Probleme sind. Die Gesellschaft soll wie ein Unternehmen geführt, d. h. öffentliche Einrichtungen mehr oder weniger abgebaut werden. Wie einst Rockefeller in den USA, der sich dank seiner Stiftung vom größten Gauner zum „Philanthropen“ wandelte, hat auch Reinhard Mohn (Eigentümer der Bertelsmann AG) seinen familiären Einfluss im Konzern gesichert und sich durch die Stiftung angeblich in den „Dienst an der Gesellschaft“ gestellt.

Frankfurter Appell

Über die Aberkennung der Gemeinnützigkeit hinaus wurden die parteinahen politischen Stiftungen, Gewerkschaften und Verbände aufgefordert, die Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung zu beenden. Die Gewerkschaft ver.di hat bereits erklärt, nicht mehr mit der Bertelsmann-Stiftung zusammenzuarbeiten. Einig waren sich die TeilnehmerInnen auch über die notwendige Internationalisierung der bertelsmann-kritischen Bewegung. *UA*

Das "Schmuddelkind" muss gehen

Clauberg Gymnasium am Ende. DIE LINKE stimmte gegen Auflösungsbeschluss

von Roland Busche
für DIE LINKE. OL in der BV Homberg/Ruhrort/Baerl und im Schulausschuss

■ **Das Clauberg Gymnasium** wird zum Schuljahresende 2009/2010 aufgelöst, das beschloss der Schulausschuss und der Rat mit den Gegenstimmen der LINKEN. Offenen Liste. Wir haben wortgehalten und doch verloren. Hier sind die veränderten Mehrheitsverhältnisse in Stadt und Land deutlich spürbar, denn die Landesregierung lehnt alle Schulversuche kategorisch ab, dies betrifft auch das geplante Oberstufenzentrum für die Sekundarstufen-II-Schulen im Duisburger Norden. Die Schließung des einzigen Gymnasiums in Duisburg, das sich in besonderer Art und Weise den Belangen von Migrantenkindern verpflichtet fühlt, hat für die jetzt lernenden SchülerInnen schlimme Konsequenzen. Nach Aussage der Schulsprecherin des Clauberg Gymnasiums fiel mehrere Wochen lang in wichtigen Fächern der Unterricht komplett aus. Klausuren, die auf das Abitur vorbereiten sollen, wurden durch Verteilung von Arbeitsblättern in kürzester Zeit durchgepeitscht. Wir wurden von der CDU und den Grünen ausgelacht, als unsere Partei die berechtigten Ängste und Sorgen der Menschen am Clauberg Gymnasium zum Thema machten. Jetzt ist das „Schmuddelkind“ endlich weg, warum sich noch damit beschäftigen, dass es strukturelle Benachteiligungen von Migrantenkindern gibt, warum darüber nachdenken, dass „Türkisch als Abiturfach“ im Norden unserer Stadt angeboten werden sollte und jetzt sang- und klanglos beerdigt wird.

Im gesamten Regierungsbezirk Düsseldorf gibt es lediglich 3 Gymnasien, die „Türkisch als Abiturfach“ anbieten, eines davon ist das Clauberg Gymnasium. Wenn die Schule geschlossen wird, dann soll (!) am Elly Heuss Knapp Gymnasium „Türkisch“ für 1 Jahr (!) unterrichtet werden, abhängig von der Nachfrage. „Wir Grünen haben dies nicht gewollt“, jammerte Ingrid Fietzek von den Grünen, nachdem sie kurz zuvor mit ihren Stimmen das Clauberg Gymnasium beerdigt hatten. Neben diesen Vorkommnissen, die auf Antrag der LINKEN zum Thema wurden, nimmt die Situation um den Schulbetrieb im Duisburger Norden skandalöse Zustände an. In unklaren Statements äußerte sich die Verwaltung zu einem „Hamborner Modell“, welches sich als „Abiturperspektive“ auf dem beruflichen Gymnasium herausstellt. Unabhängig davon, dass auch die beruflichen Gymnasien ein seriöses Angebot zur Erlangung der Hochschulreife darstellen, sollen junge Menschen, die nicht der deutschen Mittelschicht angehören, vom „klassischen“ Bildungsweg abgehalten werden.

Hoffnung vieler Schüler und Lehrer beerdigt

Nachdem die Verwaltung unserer Stadt sich der Rechtsauffassung der Bezirksregierung angeschlossen hatte, dass ein Oberstufenzentrum nicht möglich sei, nachdem der Regierungspräsident die „Ordnung“ in der Schullandschaft Duisburgs wieder hergestellt hat, bleibt tiefe Perspektiv- und Mutlosigkeit. Was nützt es uns, den Kampf um Clauberg als ehrlicher Partner begleitet zu haben, wenn es den anderen Parteien lediglich darum geht, dass nicht zu viele Kinder die Chance auf einen „guten“ Schulabschluss bekommen. Linke denken bei Schule an die Kinder und Jugendlichen. Bürgerliche haben lediglich ihren eigenen Fortbestand im „Mittelschichtgetto“ im Blick, da hat eine Schule wie das Clauberg Gymnasium gestört. Das „Schmuddelkind“ musste gehen.

Feinstaubbelastung

Großflächige Umweltzonen sind nötig

von Charlotte Weyers
Vorsitzende der Bürgerinitiative gegen Umweltgifte Duisburg-Nord e. V.

■ **Von hohen** und gesundheitsschädlichen Feinstaubbelastungen Betroffene können ihr Recht auf saubere Luft einklagen. Das Bundesverwaltungsgericht Leipzig entschied letztinstanzlich am 27.09.07, dass Kommunalverwaltungen zu Sofortmaßnahmen gezwungen werden können, sofern Aktionspläne zur Feinstaubbegrenzung der Bundesländer noch nicht in Kraft sind. Das BVG-Urteil bestätigt damit das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf saubere Luft. Es trägt hoffentlich dazu bei, wirksame Maßnahmen gegen die viel zu hohe Belastung an viel zu vielen Orten zu beschleunigen, auch in Duisburg.

Feinstäube werden hauptsächlich durch Industrie und Verkehr verursacht. Je nach örtlichen Gegebenheiten können industrielle oder verkehrsbedingte Belastungen überwiegen. Im Duisburger Norden trägt z. B. Thyssen Krupp die Hauptverantwortung für die Feinstaubbelastung, in der City ist der Verkehr die Hauptquelle. Duisburg als Logistikzentrum ist außerdem durch LKW-Verkehr zusätzlich belastet. Seit Inkrafttreten der europäischen Feinstaubrichtlinie am 01.01.05 und der Übernahme in das deutsche Immissionsschutzrecht wurden vor allem im Ruhrgebiet neue Messstationen errichtet. Die Ergebnisse bestätigen die hohe Belastung in industriellen Ballungsräumen und verkehrsreichen Innenstädten. Die maximal erlaubte Überschreitung von 35 Tagen pro Jahr mit mehr als 50 Mikrogramm (µg) Feinstaub pro Kubikmeter Luft wurde an allen Duisburger Messstationen zum Teil erheblich überschritten. Örtlich wurden Aktionspläne erstellt, Luftreinhaltepläne für den Duisburger Norden und Süden gibt es aufgrund der hohen Belastung mit Industrieemissionen schon seit Mitte der 90er Jahre. Die Aktionspläne enthalten verkehrsbezogene Maßnahmen und Maßnahmen, welche die Industrie ergreifen muss. Inwieweit sie bisher Wirkung gezeigt haben, lässt sich noch nicht abschließend sagen. Fakt ist, dass immer noch Überschreitungen verzeichnet werden.

Umweltzonen

Zur Verringerung der Belastung wird seit 2006 die Einführung flächendeckender Umweltzonen diskutiert. Bei Überschreitung der Grenzwerte können dort Fahrverbote erteilt werden, vor allem für Dieselfahrzeuge ohne Rußpartikelfilter und für ältere Fahrzeuge ohne oder mit veralteten Katalysatoren. Ganz mutig preschte Landesumweltminister Uhlenberg (CDU) im Februar vor und forderte die Einführung einer „Umweltzone Ruhr“. Eine Machbarkeitsstudie bestätigte die Annahme, dass nur eine großflächige Lösung sinnvoll ist, sonst wird das Feinstaubproblem nur von Straße zu Straße verschoben. Nachdem der Minister heftige verbale Prügel von der Industrie, aber vor allem von Speditionsunternehmen bezogen hatte, knickte er schnell wieder ein. Jetzt sollen nur noch lokale, bestenfalls Gemeinden übergreifende Umweltzonen das Problem lösen.

Maßnahmebündel

Ein alleiniges Fahrverbot und halbherzig verabredete Maßnahmen mit der emittierenden Industrie werden nicht ausreichen, um eine nachhaltige Senkung der Umweltbelastung zu erreichen. Hier ist vor allem die Bundespolitik gefordert. Ein effizientes Klima- und Umweltprogramm muss her mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen. Dazu gehören neben dem massiven Ausbau eines attraktiven öffentlichen Nah- und Fernverkehrs auch intelligente Lösungen für den rasant ansteigenden Güterverkehr. Dazu gehört eine Politik, die den Kraftwerksbau für fossile Brennstoffe – vor allem Braunkohle – sofort stoppt und massiv in die Forschung und den Ausbau erneuerbarer Energien investiert.

Altersarmut vorprogrammiert

Bundestagsmehrheit lehnt Stopp der Zwangsverrentung ab. Linksfraktion stimmte dagegen

von Ute Abraham

Foto: aboutpixel.de / Petra Engeljehringer

■ **Ab 2008** müssen ältere Hartz-IV-EmpfängerInnen damit rechnen, dass sie in Rente geschickt werden. Sie müssen damit Abschläge bis zu 18 Prozent hinnehmen. Wirksam wird diese Zwangsverrentung, da Ende 2007 die sogenannte 58er-Regelung ausläuft, die es erwerbslosen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab 58 Jahren ermöglicht, sich von der Arbeitsvermittlung entbinden zu lassen. Hartz-IV-Empfänger können bisher bis zum 65. Lebensjahr Leistungen nach dem SGB II beziehen, ohne von sinnlosen Umschulungs- und Ein-Euro-Job-Angeboten behelligt zu werden. Die Linksfraktion hat mit dem Ziel, die Zwangsverrentung zu stoppen, einen entsprechenden Antrag ins Parlament eingebracht, der von allen anderen Parteien abgelehnt wurde.

„Wenn die 58er-Regelung Ende des Jahres wegfällt, werden potenziell hunderttausend Erwerbslose vorzeitig in die Rente gedrängt, um die Steuerkasse zu entlasten," so Klaus Ernst, MdB der LINKEN. „Die Rentner zahlen die Zeche für die verfehlte Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Bundesregierung." Wer schon bislang wenig Geld hatte, wird damit auch im Alter benachteiligt. Zwangsverrentete Menschen, die nur geringe Rentenansprüche erworben haben, und damit ergänzende Sozialhilfe beantragen können, fallen nicht nur aus der Arbeitslosenstatistik raus, sie haben zugleich auch kein Anrecht mehr auf Vermittlungsleistungen. Dies betrifft insbesondere Frauen, die wegen der Erziehung ihrer Kinder zeitweise nicht erwerbstätig und so ohnehin geringere Rentenbeiträge eingezahlt haben. Sie betrifft alle Minijobber und Menschen, die nur zeitweilig beschäftigt waren. Für sie gelten dann die Bestimmungen des SGB XII.

Der Skandal dabei ist, dass sie dann nicht mehr die Ersparnisse von 250 Euro pro Lebensjahr behalten dürfen, wie andere ALG-II-BezieherInnen, sondern dieses Vermögen bis zu einem Betrag von 1.600 Euro einsetzen müssen, bevor sie einen Anspruch auf ergänzende Sozialhilfe bzw. Grundsicherung im Alter erhalten. Diese Regelung betrifft also all diejenigen besonders hart, die die viel beschworene private Altersversorgung ernst genommen haben. Ein Widerspruchsrecht der Betroffenen gibt es nicht. Mit dieser gesetzlichen Regelung schiebt die Bundesregierung die finanziellen Belastungen in die Verantwortung der Kommunen, denn sie sind für Zahlungen nach dem SGB XII zuständig. Auf sie kommen nach Berechnungen der Gewerkschaft ver.di ca. 50 bis 100 Millionen Euro jährlich an Ausgaben zu, was jede Sparpolitik der Kommunen ad absurdum führt.

Nur ein Teil des Problems

Die Abschaffung der 58-Regelung ist aber nur ein Teil des Problems. Ein erstes Warnsignal für die künftig wachsende Altersarmut ist die sprunghafte Zunahme der Zahl von Leistungsbeziehenden der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die schon jetzt zu verzeichnen ist. Allein im Zeitraum zwischen 2003 und 2005 wurde ein Anstieg um 40 Prozent verzeichnet. Die Ursachen dafür sind in der verfehlten Rentenpolitik der Vergangenheit zu finden. Nullrunden, Beitragszahlungen zur Pflegeversicherung sind nur zwei Beispiele dafür. Würden alle bisher beschlossenen Kürzungen schon heute wirksam, würde eine Rente von 1.000 Euro bei optimistischer Betrachtung nur noch 750 Euro betragen. Die Auswirkungen der Erhöhung des Rentenalters auf 67 sind damit noch gar nicht erfasst.

Um diese unhaltbare Entwicklung zu stoppen, müssen die Rentenkürzungen der letzten Jahre zurückgenommen werden. Dies gilt insbesondere für die Regelung, die den Arbeitgebern nur noch einen Beitragssatz von 10 Prozent abverlangt. Angesichts der Lohnzurückhaltung in den vergangenen Jahren und der Gewinnentwicklung, insbesondere der Konzerne, wäre ein deutlich höherer Beitrag der Arbeitgeber leicht zu verkraften.

Beck manövriert gegen den Druck von links

Hamburger Parteitag der SPD spiegelt Unzufriedenheit mit Regierungspolitik wieder

von Martin Stimmler

■ **Wer die Berichterstattung** über den Hamburger Parteitag der SPD mitverfolgt hat, konnte beinahe schon den Eindruck gewinnen, die Revolution in Deutschland stehe unmittelbar bevor. Von einem „Linksruck" war die Rede, der den „Standort Deutschland" gefährde und den „Aufschwung" zu ersticken drohe. Der SPD und ihrem Vorsitzenden Beck wurde vorgeworfen, aus populistischen Gründen einen vernunftwidrigen Rückfall zu altlinken Positionen vorzunehmen, deren Umsetzung katastrophale Folgen für die Wirtschaft hätte. Wer über ein politisches Langzeitgedächtnis verfügt, kann sich nur verwundert die Augen reiben. Schließlich war es die SPD/Grüne Regierung unter Schröder, die einen bis dato beispiellosen Sozialabbau vorgenommen hatte. Dessen Auswirkungen spüren Millionen von Menschen heute noch am eigenen Leib.

Bei näherem Hinsehen entpuppt sich der „Linksruck" denn auch bestenfalls als halbherzige Kurskorrektur auf dem Papier. Die Verlängerung der Bezugsdauer des ALG I, Kindergeld bis 27 und Mindestlöhne für Leiharbeiter sind sicherlich Schritte in die richtige Richtung – an den Kernpunkten der „Agenda 2010" wird aber keineswegs gerüttelt. Für ALG-II-Empfänger ändert sich herzlich wenig. So bleibt die Zumutbarkeitsklausel, die Betroffene zwingt, praktisch jede Arbeit anzunehmen, unberührt.

Inwieweit die Hamburger Beschlüsse überhaupt in der Großen Koalition durch- und umgesetzt werden können, bleibt zudem äußerst fraglich. Nicht zuletzt der angekündigte Widerstand der CDU dürfte zum Einlenken des unverbesserlichen Agenda-2010-Verfechters Müntefering beigetragen haben. So drängt sich der Eindruck auf, dass die neue Ausrichtung der SPD bloß eine taktische Reaktion auf den Erfolg der Partei DIE LINKE darstellt. Finanzminister Steinbrück und andere Großkoalitionäre der CDU, ehemalige Größen und heutige Großverdiener der SPD wie Clement haben heftigen Widerstand gegen jede „Aufweichung" des SPD-Kurses angekündigt. Der kurze Punktgewinn in den Meinungsumfragen hat sich auch bereits als Eintagsfliege entpuppt. Die SPD liegt bei 30, DIE LINKE bei 12 %.

Sozialberatung für Erwerbslose und Arbeitnehmer

DIE LINKE.

DU-Mitte
Kreisverband Duisburg
Mülheimer Str. 57

Jeden *Mittwoch* von 10–13 Uhr

Montags von 10–12 Uhr
in deutsch und türkisch

Telefon: 02 03 / 8 05 63 87

Duisburg-Hochfeld
Ratsfraktion Duisburg
Gravelottestr. 28

Jeden *Mittwoch* von 10–14 Uhr

Und nach Vereinbarung.

Telefon: 02 03 / 9 30 86 92

www.dielinke-duisburg.de

Vorgestellt: Der "aponaut" im Internet

Mitmachzeitung aus Duisburg

■ Seit April 2006 wird in Duisburg die links-alternative Zeitung für kulturelle Entwicklung „aponaut“ herausgegeben, die heute als Internetzeitung erscheint. Martin Stimmler sprach für den Standpunkt mit dem Gründer und Herausgeber **Wolfgang Dybowski.**

Was hat Dich zur Gründung des „aponaut“ veranlasst?
Die Gründung des Mustermensch e. V. mit dem Ziel, ein unabhängiges Kulturzentrum in Duisburg aufzubauen; da habe ich das Potenzial gesehen, eine Duisburger Stadtzeitung zu machen, die sich sowohl mit Stadtpolitik beschäftigt, als auch eine Kulturzeitung sein wollte.

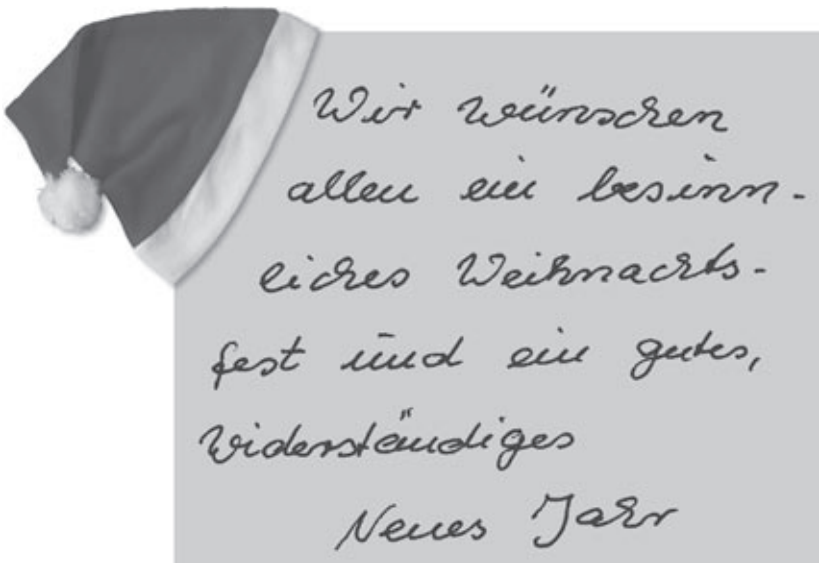
Seit September 2006 erscheint die Zeitung nur im Netz?
Ja, wir haben sie dann als reine Online-Zeitung geplant und umgesetzt. Durch die Gegebenheiten im Netz ist dann eine ganz andere Zeitung daraus geworden, die sich nicht nur mit Lokalpolitik beschäftigt und sehr schnell kulturell aus dem ganzen Bundesgebiet Zuspruch erhalten hat. Ein weiterer Vorteil war, dass sich das Konzept einer Mitmach-Zeitung noch besser umsetzen ließ.

Der „aponaut“ ist auch eine politische Zeitung?
Ja, es gibt eine ganze Reihe von linken Positionen, die wir unterstützen; was wir nicht mögen, sind überflüssige, uneffektive, spalterische Diskussionen z. B. von Antiimperialisten und Antideutschen.

Im kulturellen Bereich habt ihr mittlerweile auch bundesweit ziemlich viel Beachtung gefunden?
Im gesamten deutschsprachigen Raum gibt es eine ganze Menge Autoren, die für den Bereich „poetry“ und „filosofie“ schreiben. Besonders stark hat sich in letzter Zeit die neue Rubrik „auf die Ohren“ entwickelt, in der neue und noch nicht so bekannte Bands in Specials vorgestellt werden.

Das Zentrum eurer Berichterstattung ist aber immer noch Duisburg?
Ja, da haben wir auch wieder den ersten Schritt hin zu Printausgaben gemacht, indem wir Sonderausgaben im pdf-Format herausgebracht haben, z. B. zum Theaterprojekt „10 Tage besser leben“ – die noch nicht gedruckt, aber zum Druck freigeben ist und die man sich im Internet herunterladen kann. Der lokalpolitische Bereich ist allerdings immer noch ziemlich unterentwickelt; aber wir bemühen uns, Artikel zu den Themen Arbeitslosigkeit und Kulturpolitik der Stadt Duisburg zu bringen. Außer dem Beitrag zur BI Sonderstromtarife für ALG-II- und Sozialgeldempfänger kam aber bisher von Außen leider nicht viel.

www.aponaut.org



Hallo, Herr Sauerland,

man sagt, ein politischer Dauerregen namens Bärbel Zieling wäre günstig für Ihre Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt Duisburg gewesen. Wie auch immer, es war eine Sensation.

Es wäre auch eine gute Gelegenheit gewesen, Oberbürgermeister der Duisburger zu werden. Aber der Rauch der Glückseligkeiten Ihrer Siegesfeier war noch nicht ganz verzogen, da hatten Sie sich schon hinter dem Rotstift der Marke Roland Berger versteckt.

Ihre Politik hat die Bürger derartig bewegt, dass es in unserer Stadt eine enorme Bürgerbewegung gibt. Fast jeder Stadtteil hat gegen Ihre Politik schon seine eigene Bürgerinitiative gegründet, so eine Art sauerländische Freizeitgestaltung. Gerade sind Sie dabei, das Freibad Toeppersee platt zu machen. Die Bürgerinitiative für das Freibad Toeppersee hatte 27.000 Unterschriften für den Erhalt des Freibades gesammelt. Sie wollen aber einen Bürgerentscheid und haben die Hoffnung, dass keiner abstimmen geht, dann können Sie quasi im Auftrag der Bürger das Freibad schließen. Doch viele haben in der Vergangenheit die Bürger aus Rheinhausen unterschätzt, da sind Sie keine Überraschung.

Mit freundlichen Grüßen,
Helmut Laakmann

Eine Broschüre der LINKEN im Bundestag

Die Agro-Gentechnik
30 Fragen & 30 Antworten zur Zukunft der gentechnikfreien Landwirtschaft

Wird durch den Einsatz der Agro-Gentechnik die Umwelt geschützt, weil z. B. weniger Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden müssen?

Wird das Welthungerproblem gelöst, weil durch die Agro-Gentechnik auch trockene oder versalzte Standorte landwirtschaftlich genutzt werden können?

Sind die gesundheitlichen und ökologischen Risiken der Agro-Gentechnik wissenschaftlich fundiert abzuschätzen und mögliche Folgen beherrschbar?

Können Anwenderinnen und Anwender der Agro-Gentechnik und nicht-anwendende konventionelle oder ökologische Landwirtschaftsbetriebe nebeneinander koexistieren?

Broschüre, DIN A5, 48 Seiten

Bezug
Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 0 30 / 22 75 11 70
Fax: 0 30 / 22 75 61 28
fraktion@linksfraktion.de
www.linksfraktion.de

Impressum

Redaktion Standpunkt
Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg
Telefon: 02 03 / 9 30 86 92
Telefax: 02 03 / 9 30 86 94

E-Mail
standpunkt@dielinke-ol-duisburg.de

Internet
www.die-linke-duisburg.de
www.linksfraktion-duisburg.de

Bankverbindung
Stadtsparkasse Duisburg, BLZ: 350 500 00, Kto. Nr.: 227 006 368

Redaktion
Ute Abraham, Hermann Dierkes (zugleich v.i.S.d.P.), Margret Fink, Thomas Keuer, Werner Roming, Horst-Werner Rook, Martin Stimmler

Auflage
20.000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe
12.11..2007

Redaktionsschluss nächste Ausgabe
21.01.2008

Layout
Heiko Bugaj, www.heikobugaj.de

Druck
Druckhaus Schöneweide, Berlin

Herausgeber
DIE LINKE. Duisburg ist Herausgeberin der Zeitung Standpunkt.

Bezug
Wenn Sie den Standpunkt regelmäßig beziehen möchten, wenden Sie sich bitte an die Redaktion. Der Standpunkt finanziert sich durch Spenden. Für Ihre finanzielle Unterstützung danken wir Ihnen.

Hochschule in Bewegung

Linkes Gegengewicht gegen neoliberale Umstrukturierung: DIE LINKE.SDS jetzt auch in Duisburg

von Oliver Opitz

■ **Seit der Bildungsoffensive** in den 70er Jahren hat sich viel getan an deutschen Universitäten. Aber nicht zum Besten. Das Leben an der Universität gehorcht mehr und mehr dem neoliberalen Wirtschaftsdiktat. Wie in den anderen Bereichen der Gesellschaft werden durch sogenannte Reformen die Bildungsmöglichkeiten bis hin zur Freiheit der Lehre beschränkt. Wissen wird zu einer Handelsware.

Der StudentInnenanteil aus finanzschwachen Schichten oder aus der Arbeiterklasse nimmt seit den 80er Jahren wieder kontinuierlich ab. Studieren wird in Zukunft nur der können, der reiche Eltern hat, oder sich tief verschuldet. In diese Situation hinein hat sich ein neuer Studierendenverband gegründet – DIE LINKE.SDS.

Bundesweiter Linker Hochschulverband gegründet

Der neue Hochschulverband DIE LINKE.SDS gründete sich am 4.–6. Mai 2007. Damit entstand erstmals wieder ein bundesweiter linker Studierendenverband. Im Zuge dieser Neugründung entstanden im ganzen Bundesgebiet Hochschulgruppen, die sich dem SDS anschlossen.

Im Juli dieses Jahres keimte auch hier in Duisburg der Gedanke auf, eine solche Hochschulgruppe zu gründen. Da linke Strukturen an der Universität immer mehr zurückgehen, soll durch ein bundesweites Netzwerk linker Hochschulgruppen ein Gegengewicht zur neoliberalen Umstrukturierung geschaffen werden.

Kapital der Angst

Als Hochschulgruppe versuchen wir nicht ausschließlich hochschulpolitische Themen zu besetzen, sondern beziehen gesamtgesellschaftliche Entwicklungen mit ein. Der Kapitalismus ist heute nicht aggressiver als in vergangen Epochen, aber er zeigt heute andere Ausprägungen als noch vor 30, 100 oder 200 Jahren. Der Kapitalismus geht mit der Zeit, ja der Kapitalismus bestimmt die Zeit. Alle Verhältnisse werden durch das Kapital ständig umgewälzt und in Bewegung gehalten - das ist heute nicht anders als zu Beginn des Kapitalismus. Die Marx'sche Analyse und Vorhersage bleibt grundsätzlich gültig. Ob diese Phase nun neoliberal oder postfordistisch genannt wird, ist zweitrangig; wichtig ist, dass die Veränderungen, denen wir alle ausgesetzt sind, existenzielle Unsicherheit und Angst auslösen. In akademischen Kreisen hat sich dafür der Begriff des Prekären durchgesetzt. Niemand kann sich heute noch darauf verlassen, dass sein Arbeitsplatz morgen noch existiert, die Qualifikation ausreicht oder das Alter schon erreicht ist, an dem die Verwertung für das System von keinem Nutzen mehr ist. Jeder steht mit jedem in Konkurrenz. Ein Regime, das mit Angst regiert, wird in der Regel terroristisch genannt – das kapitalistische Regime können wir heute, nach dieser Definition, mit Sicherheit als ein terroristisches bezeichnen. In unserer Angst unterscheiden wir Studenten uns nicht vom Arbeiter bei einer Leihfirma oder auch bei ThyssenKrupp.

Solidarität, Wissen, politische Praxis

Aus der Angst für alle entsteht die Entsolidarisierung für alle. Die Aufgabe, die wir uns als Hochschulgruppe stellen, ist die Vertretung studentischer Interessen und die Analyse der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse. Wir wollen Wissen beisteuern, um unsere Zeit auf den Begriff zu bringen. Denn aus der Kritik, die den Kapitalismus an seinen eigenen Aussagen misst, können Orientierungen für die politische Praxis gewonnen werden.

www.die-linke-sds.de

Hürdenlauf für Studierende mit Kind

Barrieren, fehlende Stillplätze, unhygienische Verhältnisse ...

von Katharina Wiedmann

■ **Studierende mit Kindern** stoßen im universitären Alltag auf vielerlei Hindernisse. Um dagegen etwas zu unternehmen, hat sich an der Uni Duisburg/Essen im Juli 2007 die AG Studieren mit Kindern gegründet. Es ist unser erklärtes Ziel, Missstände aufzudecken und Forderungen zu entwickeln, um diese publik zu machen. Studium und Elternschaft müssen möglich und selbstverständlich werden.

Der Uni-Alltag beginnt bereits damit, dass wichtige Einrichtungen wie Bibliotheken, Mensen oder Hörsäle gar nicht barrierefrei betreten werden können. Treppen, Drehtüren, schmale Gänge und Drehkreuze versperren für Kinderwagen den Zutritt. Wickelmöglichkeiten sind nur vereinzelt vorhanden. Zum Stillen einen geeigneten Platz zu finden, ist ebenso schwer. Richtig demütigend wird es erst, wenn Mutter an der Universität in die Verlegenheit gerät, Muttermilch abpumpen zu müssen. Ein alltäglicher Vorgang für stillende Studierende auf Uni-Toiletten, die sich meist in einem hygienisch bedenklichen Zustand befinden. In der Mensa gibt es kaum kindgerechtes Essen. Kinderstühle sind schlecht gewartet.

Das Kind jedoch betreuen zu lassen, um in Ruhe zu lernen, dazu besteht wegen endloser Wartelisten in Kindertageseinrichtungen praktisch keine Chance. Besonders Angebote für Kinder unter drei sind kaum vorhanden und weisen zum Teil provisorischen Charakter auf. Die Öffnungszeiten, aber vor allem auch die starren Hol- und Bringzeiten der Tageseinrichtungen, sind unpraktikabel. Gestraffte Studiengänge, hohe Präsenzzeiten in Seminaren, bei Exkursion, Labortagen, Praktika, Abend- und Wochenendveranstaltungen stellen studierende Eltern vor kaum zu lösende Betreuungsprobleme.

Geringes Einkommen

Mit Studium und Elternschaft gleich zwei gesellschaftlichen Anforderungen nachzukommen, einen akademischen Abschluss zu erlangen und sich zu reproduzieren, sollte hochschulpolitisch, aber auch in Gesellschafts- und Sozialpolitik mehr Beachtung finden und Förderung erfahren.

Das Gegenteil ist der Fall, wenn studierenden Eltern mit Einführung des Elterngeldes die Hälfte der wenigen öffentlichen Gelder gekürzt wurde. Statt zwei Jahre 300 Euro monatlich, beziehen studierende Eltern nun nur noch im ersten Lebensjahr ihres Kindes den Mindestsatz des Elterngeldes von 300 Euro. Ledige Studierende mit Kind haben durchschnittlich rund 960 Euro im Monat zur Verfügung, die finanziellen Mittel liegen also unterhalb der Armutsgrenze. Auch eine Verlängerung des Bezugszeitraums um die zwei sogenannten Väter-Monate steht Studenten nicht zu. So werden studierende Eltern nicht nur finanziell, sondern auch gleichstellungspolitisch benachteiligt.

Aktivitäten

Die Belastung für Studierende mit Kindern wächst, ihre Lebenssituation wird immer prekärer. Studienabbrüche sind die Folge. Wir bieten offene Treffen zum Erfahrungsaustausch und ein Beratungsangebot über Betreuungsmöglichkeiten und zur Beantragung öffentlicher Gelder an. Am 16.11.07 fand bereits ein Kinderkleidermarkt im Büro der LINKEN auf der Mülheimer Str. 57 statt.

"Mit geistigen Waffen kämpfen ..."

Manfred Tietz biografiert Duisburger KPD-Reichstagsabgeordneten Mathias Thesen

von Heiko Bugaj

■ **Im November präsentierte** die Stadt Trier eine Ausstellung der VVN/BdA Duisburg über Mathias Thesen. Titel: „Meinen Mund schließt nur der Tod" – dies schrieb Thesen 1934 aus dem KZ Hamburg-Fuhlsbüttel, zehn Jahre vor seiner Hinrichtung im Todeslager Sachsenhausen. So steht es auch auf dem Cover einer politischen Biografie, die Manfred Tietz über den Duisburger Reichstagsabgeordneten schrieb.

Tietz las Passagen des Buches vor, die Lektüre berührt: die Festnahme, die Folterungen, der Prozess vor dem berüchtigten Volksgerichtshof, das Konspirieren im Knast, der organisierte Widerstand hinter Gittern und Stacheldraht, die Erschießung. Stoff für ein Shakespeare-Drama: Die Geiselnahme seiner Frau, Einweisung der Thesen-Töchter in ein Duisburger Waisenhaus, Rote-Hilfe-Aktionen Peter Thesens in Frankreich, der „Bruderkrieg" zwischen Mattes und Georg Thesen, Georgs Suche nach den Mördern an der Seite der US-Army. Die Täter? Untergetaucht, „medizinisch amnestiert". Die historische Rezeption eines Widerstandskämpfers im Kalten Krieg? „Drüben", in der damaligen DDR, geehrt, hier verschwiegen und vergessen.

Das Buch, „sorgfältig recherchiert" (Trierer Nachrichten), basiert auf Archivmaterialien sowie Berichten politischer Mitstreiter und Familienangehörigen Thesens. Die historischen Ereignisse werden kurz skizziert, das Porträt Thesens erweitert durch biografische Notizen über seine Weggefährten.

Der Autor geht der Frage nach: Kann man heute noch lernen aus der politischen Praxis von Mathias Thesen? Er schildert den Weg des Trierer Eisendrehers von der SPD über Spartakusbund und USPD in die KPD. Seine Empörung über die SPD-Politik, über imperialistische Kriegstreiber und -gewinnler wie Krupp und Thyssen, über die gnadenlose Ausbeutung und Verelendung der Ruhrarbeiterschaft. Thesens persönliche Erfahrung als Soldat vor Verdun, als Krupp- und Haniel-Malocher, als Mitglied der revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte, als Betriebsratsvorsitzender der längst verschwundenen Walsumer Rheinwerft.

Ausführlich kommt u. a. Gertrud Lemnitz zu Wort, Thesens ehemalige Sekretärin im KPD-Unterbezirk Duisburg-Hamborn. Sehr konkret beschrieb sie sein politisches Tun: Warum gab er sich keinen „parlamentarischen Illusionen hin", auch wenn seine Partei 1924 in Hamborn mehr als 41 % der Wählerstimmen gewann? Warum initiierte er Streiks, die der internationalen Solidarität dienten, auch wenn sie Wählerstimmen kosteten? Wie nutzte er die parlamentarische Bühne im Stadtrat und im Deutschen Reichstag, um die Menschen zu Protest und Aufstand gegen die menschenunwürdigen Verhältnisse zu bewegen? Warum legte er den Akzent auf außerparlamentarische Aktionen? (...)

Das Buch ist für eine aktuelle Linkspolitik eine anschaulich dargestellte politische Praxis, die bedenkenswert erscheint – allerdings mit Blick auf sich ständig verändernde gesellschaftliche Verhältnisse.

Geehrt wird im ‚schwarzen Trier' ein Revolutionär, ein KPD-Spitzenfunktionär: Mitglied des ZK, der Bezirksleitung Ruhrgebiet, Partei-„Chef" in Duisburg, Bochum, Dortmund, RFB-Führer, Leiter des Widerstands in Norddeutschland. Eine offizielle Ehrung in Duisburg für Mathias Thesen steht noch aus. Die Bezirksvertretung Hamborn hat schon vor Jahren beschlossen, ihm eine Straße zu widmen. Umgesetzt wurde der Beschluss bisher nicht. Vielleicht trägt das Buch dazu bei.

Manfred Tietz: „Meinen Mund schließt nur der Tod"
Mathias Thesen (1891–1944)
Eine biographische Dokumentation

Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 2007
ISBN 978-3-89144-392-7, 16,90 Euro
www.pahl-rugenstein.de

„Wer begriffen hat,
dass es drängt
die Welt zu ändern,
der steh' auf
und fasse Mut."
(Chiffon Rouge)

Wir trauern um

Bernd Janke
14.2.1939–3.11.2007

Mitinitiator der Montagsdemo in Duisburg, Kämpfer, Freund und Genosse.

Völlig unerwartet wurde er viel zu früh aus unserer Mitte gerissen.
Als engagierter Mitstreiter und Musiker der Erwerbslosenbewegung und Sozialist können wir ihn und seine Geige nicht ersetzen.
Wir werden aber in seinem Sinne den Kampf gegen Hartz IV, gegen soziale Verelendung und für eine bessere Zukunft weiterführen.

Die Freunde und Genossen der Montagsdemo Duisburg

01.12.07, 11 Uhr
Landestreffen der AG betrieb&gewerkschaft. Gaststätte „Windrad" – Konferenzraum, Feldmarkstr. 201, Gelsenkirchen, Revierpark Nienhausen

04.12.07, 19 Uhr
Wie der Westen im Mittleren und Nahen Osten Demokratie verhindert und Terrorismus fördert. Wuppertal, Nachbarschaftsheim Alte Feuerwache, Gathe 6. Referent: Prof. Dr. Mohssen Massarat. Veranstalter: RLC Wuppertal/Bergisch Land

04.12.07, 19 Uhr
Mitgliederversammlung DIE LINKE. KV Duisburg. Hotel Montan, Dahlstr./Wolfstr., Duisburg-Marxloh

13.12.07, 11 Uhr
Konferenz zum 110. Geburtstag von Viktor Agartz: Wirtschaftsdemokratie und expansive Lohnpolitik – Konzept, Entwicklung und Perspektiven. Remscheid, Deutsches Werkzeugmuseum, Cleffstr. 2-6. Anmeldung erforderlich.

13.12.07, 19 Uhr
Menschenrechte in Zeiten des Terrors – Kollateralschäden an der „Heimatfront". Bonn, Uni, Großer Hörsaal 17 (Hauptgebäude). Referent: Dr. Rolf Gössner. Kooperation mit RL-Club Bonn, Offene Uni, Deutscher Freidenker-Verband Bonn/Rhein-Sieg, Bonner Friedensbündnis, Rote Hilfe Bonn

13.12.07, 19.30 Uhr
Florence Hervé liest aus Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist. Essen, Kaue der Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100. In Kooperation mit dem RLC Essen

19.12.07, 19.30 Uhr
Die Revolution im Kopf - Feuerbachs Umkehrung des religiösen Bewusstseins. Dortmund, Buchhandlung und Kaffeehaus taranta babu, Humboldtstr. 44. Referent: Helmut Manz. Eine Veranstaltung des RLC Bochum/Dortmund

02.01.07
Aktionstag vor den Duisburger ARGEn für einen DU-Pass

12.01.07, 10 Uhr
13. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz. Berlin, URANIA-Haus, An der Urania 17

13.01.07, 10 Uhr
Liebknecht-Luxemburg-Demo
Berlin, U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten